

Der Steinarbeiter

Zeitschrift des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Für berufliche, wirtschaftliche und soziale Interessen der jugendlichen und erwachsenen männlichen und weiblichen Fach- und Hilfsarbeiter in der Steinindustrie und im Steinstraßenbau

Erscheint wöchentlich. Der Bezugspreis beträgt vierteljährlich 2,50 Mk. Bestellungen nur durch die Post, eingetragen in die Reichspostliste unter Nummer 1628. Kreuzbandsendungen und Postüberweisungen durch die Verlagsstelle des Verbandes der Steinarbeiter finden nicht statt

Schriftleitung und Versandstelle: Leipzig
Zeiger Straße 30, IV., Ausgang B und C. Ruf 33819

Anzeigengebühr: Die doppeltgespaltene Kleinzeile 1 Mk. Aufnahme nur bei vorheriger Gebühreneinsendung auf Postcheckkonto Leipzig 56383 Kassierer: L. Geiß, Leipzig C 1, Zeiger Straße 30, IV. (Volkshaus) Rabatt wird nicht gewährt. Blattschluss ist Sonnabends um 10 Uhr

Sonnabend, den 23. August 1930

34. Jahrgang

Nummer 34

Die Notverordnung zur Krankenversicherung

In der Nummer 32 des „Steinarbeiter“ haben wir den Inhalt der sogenannten Notverordnung geschildert, soweit sie den Abbau der Arbeitslosenversicherung betrifft. Nicht weniger einschneidend ist jener Teil, der die Krankenversicherung „reformiert“, d. h. sowohl gewaltige Einschränkungen der Leistungen durchführt, wie auch die Rechte der Versicherten in den Rassenorganen beträchtlich einengt. Vorausgesetzt sei, daß die Neuregelung, die ursprünglich einmal als eine wesentliche Verbesserung mindestens der Organisation der Versicherung und als eine Erweiterung des Versicherungskreises angekündigt war, weder das eine noch das andere bringt. Keine Rede ist von einer Beseitigung der Sonderklassen (Zunungs- und Betriebskrankenkassen), sondern nur die Neuordnung soll an die Zustimmung der abstimmanden beteiligten Arbeitgeber und abstimmanden beteiligten volljährigen Arbeitnehmer gebunden werden. Dabei ist die Höchstzahl für die Mindestgröße einer Zunungskrankenkasse 150 Versicherungspflichtige, eine Zahl, die besonders minimal erscheinen muß, weil auch mehrere Zunungen gemeinsam Innungskrankenkassen errichten können. Von der Schaffung von Zwangskassenverbänden ist nicht mehr die Rede. Dagegen können die Spitzenvereinigungen der wirtschaftlichen Verbände der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, die Spitzenverbände der Krankenkassen und der Ärzte und Vertreter der Sozialen Medizin einen Hauptausschuß für Krankenversicherung unter dem Vorsitz des Reichsarbeitsministers bilden. Dieser völlig unparitätisch zusammengesetzte Ausschuß soll also eine Art zentraler Selbstverwaltungskörperschaft darstellen, deren Rechte sich allerdings darin erschöpfen, daß er Grundsätze und Richtlinien für die Durchführung der Krankenversicherung aufstellen kann, die der Reichsarbeitsminister alsdann für die Aufsichtsbehörden als verbindlich erklären kann.

Die Verleihung solcher Scheinrechte kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Tendenz des neuen Gesetzes dahin geht, die Versicherten möglichst zu entziehen. Der Beitrag, der bisher mit einfacher Mehrheit bis zu 7 1/2 Prozent des Grundlohnes und, wenn es zur Deckung der Regelleistungen erforderlich war, bis zu 10 Prozent des Grundlohnes festgesetzt werden konnte, ist nunmehr schon bei 6 bzw. 9 Prozent begrenzt. Bei einer Festsetzung über 6 Prozent bedarf es der Zustimmung der Arbeitgeber und bei einer Festsetzung auf 7 1/2 Prozent und darüber auch der Zustimmung des Reichsversicherungsamtes.

Der Erwerb von Grundstücken, ebenso die Errichtung und Erweiterung von Gebäuden über einen vom Reichsarbeitsminister festgesetzten Kostenbetrag hinaus bedarf ebenso wie die Einrichtung von Zahnkliniken, Erholungs- und Genesungsheimen, Kranken- und sonstigen Anstalten der Genehmigung des Reichsversicherungsamtes. Ueber die Verwendung von Mitteln zum Besuch von Versammlungen zu Zwecken der Krankenversicherung bestimmt der Reichsarbeitsminister.

Eine klare Lösung der viel umstrittenen Arztfrage bringt das Gesetz gleichfalls nicht. Nur sehr vorsichtig wird die Einführung der Nachprüfung von Krankenschreibungen und Verordnungen durch Vertrauensärzte oder Prüfungsausschüsse angeordnet. Für bestimmte Fälle, nämlich vertragslosen Zustand zwischen Ärzten und Krankenkassen, Vertragsbruch seitens der Ärzte, ferner Fälle des übermäßigen Kostenaufwands für Ärzte und Medikamente, wird die Ablösung der Sachleistung durch Barleistungen in Höhe von 80 Prozent der wirklichen Kosten unter gleichzeitiger Erhöhung des Krankengeldes um 10 Prozent des Grundlohnes, mindestens aber um 50 Reichspfennige vorgesehen. Unter Umständen soll also die Auseinanderlegung zwischen Kassen und Ärzten auf dem Rücken der Versicherten ausgetragen werden. Die Zahl der Ärzte soll notwendigerfalls durch Sperrung der Neuzulassungen beschränkt werden.

Erweist sich in allen derartigen Bestimmungen das neue Gesetz als alles andere als eine fortschrittliche Reform, so tritt bei der Neugestaltung der Leistungen der eigentliche Zweck der Änderungen klar hervor, nämlich der Wunsch, radikale Ersparnisse ohne Rücksicht auf die Versicherten durchzuführen. Wie schon erwähnt, wurde der Versicherungskreis nicht erweitert, sondern sogar beschränkt, und zwar durch die Beseitigung der Versicherungsberechtigung bei einer Jahresgehaltsgrenze von 8400 Reichsmark und der Uebergangsstufe von 3 Monaten, die zur Zeit beim Uebersteigen der Versicherungspflichtgrenze besteht.

Beim Krankengeld wurde nicht nur die Höhe für Versicherte ohne Angehörige auf 50 Prozent des Grundlohnes beschränkt (mit der Möglichkeit, Zuschläge für die vom Versicherten bisher ganz oder überwiegend unterhaltenen und mit ihm in häuslicher Gemeinschaft lebenden Angehörigen durch die Satzung festzulegen), es wurde auch der Anspruch auf Kranken- und Hausgeld beseitigt, wenn und soweit der Versicherte während der Krankheit Arbeitsentgelt erhält. Es wurde die Wartezeit von 3 Tagen zwingend vorgeschrieben und bestimmt, daß Krankengeld erst vom 4. Tage der Arbeitsunfähigkeit an, nicht mehr wie bisher vom 4. Krankheitstage an gewährt werden darf und weiter, daß Sonn- und Feiertage für das Krankengeld nicht mitzählen, wenn die Krankheit an einem solchen Tage endet.

Erhöhungen des Krankengeldes durch die Satzung können einmal stattfinden für Versicherte, die während der Krankheit Anspruch auf Arbeitsentgelt haben, nach Wegfall dieses Entgelts, und zwar auf 60 v. H. des Grundlohnes (möglichst ist statt dessen auch Kürzung des Beitrages); ferner allgemein von der 7. Woche der Arbeitsunfähigkeit an bis auf 60 v. H. des Grundlohnes. Des weiteren — wie schon bemerkt — für Angehörige, und zwar bis zu 10 v. H. für den Ehegatten und bis zu 5 v. H. für jeden sonstigen Angehörigen. Der Gesamtbetrag von Krankengeld und Zuschlag darf 1/3 des Grundlohnes nicht übersteigen. Das Hausgeld ist auf 50 v. H. des Krankengeldes beschränkt und darf nur vom zweiten Angehörigen an um je 5 Prozent des Grundlohnes bis zum Gesamtbetrag des satzungsmäßigen Krankengeldes erhöht werden.

Die Familienhilfe ist zwar obligatorisch eingeführt, jedoch auf die Angehörigen von Versicherten, die innerhalb der letzten

6 Monate mindestens 3 Monate auf Grund eines Reichsgesetzes für den Fall der Krankheit versichert waren, beschränkt. Sie umfaßt nur ärztliche Behandlung auf die Dauer von 13 Wochen, sowie die Vergütung der Hälfte der Kosten für Arznei und kleinere Heilmittel. Die Satzung kann gewisse Erweiterungen, aber auch Einschränkungen ausprechen. Sterbegeld beim Tode von Angehörigen kann durch die Satzung zugewilligt werden.

Am härtesten und ungerechtesten dürfen sich die neuen Bestimmungen über die Inanspruchnahme des Arztes und der Medikamente auswirken. Für jeden Krankenschein ist eine Gebühr von 50 Reichspfennigen zu entrichten, die durch die Satzung für Versicherte mit einem Grundlohn von nicht mehr als 4 Reichsmark bis auf die Hälfte ermäßigt und für Versicherte mit einem Grundlohn von mehr als 7 Reichsmark um die Hälfte erhöht werden kann. Die Satzung kann ferner bei gleichzeitiger und gleichartiger (nicht etwa auch bei verschiedenartiger) Erkrankung mehrerer Familienmitglieder die Gebühr für den einzelnen Krankenschein auf 25 Reichspfennige festsetzen.

Bei der Abnahme von Arzneien, Heil- und Stärkungsmitteln hat der Versicherte von den Kosten jeder Verordnung den Betrag von 50 Reichspfennigen, jedoch nicht mehr als die wirklichen Kosten, an die abgebende Stelle zu zahlen. Enthält das Verordnungsblatt mehr als eine Verordnung, so ist der Betrag nur einmal zu entrichten. Man kann sich vorstellen, welche außerordentliche Belastung in einer Familie entsteht, in der mehrere Erkrankungen verschiedener Art gleichzeitig auftreten, besonders wenn dann noch ärztliche Verordnungen auf mehreren Rezeptformularen getroffen werden müssen. Mit derartigen Bestimmungen wird der ursprüngliche Zweck der Sozialversicherung, durch den allgemeinen Gefahrenausgleich den einzelnen Versicherten im Versicherungsfalle vor Sonderbelastungen zu bewahren, vollkommen illusorisch gemacht.

Es steht nicht in der Macht der Gewerkschaften, zu verhindern, daß die neuen Bestimmungen vorerst praktisch zur Anwendung gelangen. Aber ihre Aufgabe ist es, allenthalben für Aufklärung über die ganze Tragweite dieser Aktion gegen die deutsche Sozialversicherung zu sorgen, um im neuen Parlament diejenigen Mehrheiten zu schaffen, die bereit sind, wiederum vorwärts zu schreiten auf dem Wege des Ausbaus der deutschen Sozialversicherung und deren erste Aufgabe es sein muß, die schweren Ungerechtigkeiten der jetzigen Regelungen wieder zu beseitigen.



Am 14. September muß der Bürgerblock gesprengt werden:

Wählt Liste 1 Sozialdemokraten!

Wer hilft der Reaktion?

Im vergangenen Reichstag hatte die Sozialdemokratische Partei 152 Abgeordnete, die Kommunisten hatten 54 Abgeordnete, wozu noch ein „Verjöhler“ kam. Das waren zusammen 207 Mandate von insgesamt 491. Die Sozialdemokraten hatten also weniger als ein Drittel der Mandate, aber auch mit den Kommunisten zusammen waren sie immer noch in der Minderheit. Trotzdem hätten die 207 sozialdemokratischen und kommunistischen Abgeordneten im Reichstag einen gewaltigen Einfluß ausgeübt, wenn sie in geschlossener Front hätten aufmarschieren können. Das war aber höchst selten der Fall. Die Kommunisten richteten ihren Hauptangriff gegen die Sozialdemokratie, wozu selbstverständlich die bürgerliche Mehrheit den größten Nutzen hatte. Um das Schlimmste von der Arbeiterklasse abzuwenden, war deshalb die sozialdemokratische Fraktion in vielen Fällen genötigt, Kompromisse mit den bürgerlichen Mittelparteien abzuschließen. Sie konnte auf diese Weise selbstverständlich nicht ihr Programm durchsetzen, aber es war ihr doch möglich, Vorteile für die Arbeiterklasse zu erzielen oder Angriffe der bürgerlichen Klassen auf die Lebenshaltung des Proletariats abzuwehren. Wie hat sich nun die kommunistische Reichstagsfraktion bei wichtigen Entscheidungen verhalten?

Die Kommunisten stimmten am 7. Juli 1927 gegen die Schaffung der Arbeitslosenversicherung. Die Sozialdemokraten hatten zwar erhebliche Bedenken gegen einzelne Bestimmungen des Gesetzes. Wenn sie trotzdem für das Gesetz im ganzen stimmten, so ließen sie sich von der Erwägung leiten, daß damit die bisherige Fürsorge für die Arbeitslosen, die Almosencharakter hatte, beseitigt und ihnen das gesetzliche Recht auf Unterstützung gegeben wurde.

Als die Unternehmer im Sommer 1929 den ersten konzentrierten Angriff gegen die Arbeitslosenversicherung unternahmen, da spielten sich die Kommunisten, im Widerspruch mit ihrer Haltung im Jahre 1927, als die heftigsten Verteidiger dieses Gesetzes auf. Der Sozialdemokratie war es in hartem Kampfe gelungen, die Verschlechterung der Leistungen abzuwehren. Trotzdem stimmte die kommunistische Fraktion am 3. Oktober 1929 gegen die damalige Vorlage, die im wesentlichen die Arbeitslosenversicherung unangetastet gelassen hatte.

Als sich Ende 1929 die Finanzlage des Reichs katastrophal verschlechtert hatte, galt es die Arbeitslosenversicherung materiell so zu sichern, daß der von den Unternehmern erneut geforderte Abbau der Leistungen verhindert wurde. Deshalb stimmte die Sozialdemokratie der Erhöhung der Beiträge um 1/2 Prozent, die zur Hälfte von den Unternehmern getragen wird, zu, die Kommunisten dagegen lehnten sie am 21. Dezember 1929 ab.

Im Spätherbst 1928 hatten die rheinisch-westfälischen Schwerindustriellen die Eisenarbeiter ausgesperrt. Es kam alles darauf an, die wirtschaftliche Uebermacht der Unternehmer zu brechen und den ausgesperrten Hilfe zu bringen. Auf Veranlassung der Sozialdemokratie wurde damals den Ruhrarbeitern eine Reichsunterstützung gewährt und dadurch gelang es, den Anschlag der Schwerindustriellen abzuschlagen. Die kommunistische Fraktion hat am 17. November 1928 gegen die Unterstützung der Aussperrten aus Reichsmitteln gestimmt.

Im Sommer 1928 war auf Antrag der damaligen Regierungsparteien, Sozialdemokraten, Zentrum und Demokraten, durch die Erhöhung des steuerfreien Existenzminimums eine Senkung der Lohnsteuer herbeigeführt worden. Die kommunistische Fraktion stimmte am 12. Juli 1928 gegen diese Lohnsteuerentlastung.

Nach der Annahme eines Gesetzes zum Wegfall der Meldezwänge im deutsch-französischen Handelsvertrag im Sommer 1929 war eine Entschließung des Zentrums auf Verwendung der Zollmehrnahmen zugunsten der Minderbemittelten, besonders der kinderreichen Familien angenommen worden. Die Sozialdemokraten haben am 27. Juni 1929 für diese Entschließung, die Kommunisten gegen sie gestimmt.

Ende 1927 hat die damalige Regierung Marx eine Besoldungsvorlage eingebracht. Die Sozialdemokratie belämpfte eine Reihe von Bestimmungen, weil sie eine Bevorzugung der höheren Beamten enthielten. Da das Gesetz aber auch Verbesserungen für die unteren Beamtenstufen brachte, so stimmten die Sozialdemokraten in der dritten Lesung für das Gesetz. Die Kommunisten lehnten das Gesetz ab, das hindert sie aber nicht daran, bei den Beamten um Stimmen für ihre Partei zu werben.

Als es sich darum handelte, ein fühlbares Unrecht zu beseitigen, da versagten die Kommunisten. Anfang 1929 wurde dem Reichstag ein Gesetz vorgelegt, das unter anderem bestimmte, daß Wartestandenbeamte eine ihnen zugewiesene Beschäftigung, die ihrer Vorbildung entspricht, anzunehmen hätten. Damit sollte dem Zustand ein Ende gemacht werden, daß solche Beamte, die aus irgendwelchen Gründen in den Wartestand gesetzt waren, ihre Bezüge weiter erhielten, ohne verpflichtet zu sein, ein ihnen angebotenes der früheren Beschäftigung gleichwertiges Amt zu übernehmen. Das Gesetz ist abgelehnt worden, weil durch viele Enthaltungen und dadurch, daß die Kommunisten dagegen stimmten, die verfassungsmäßige Zweidrittelmehrheit nicht erreicht wurde.

Die Kommunisten stimmten am 27. November 1925 gegen die Vereinbarungen von Locarno, die durch die gegenseitig garantierte Unverletzlichkeit der Grenzen den Friedenszustand zwischen Deutschland und seinen früheren Gegnern herstellten.

Sie stimmten am 12. März 1930 gegen den Youngplan, der für Deutschland gegenüber dem Dawesplan eine bedeutende Ermäßigung der Reparationszahlungen, ferner die Räumung der besetzten Gebiete und verschiedene andere Vorteile brachte.

Die Kommunisten stimmten am 17. Mai 1927 gegen die Verlängerung des Republikfluchtgesetzes, trotzdem dadurch die Rückkehr

des früheren Kaisers nach Deutschland unmöglich gemacht worden war. Sie stimmten aber auch am 18. März 1930 gegen das neue Republiksgesetz, das vor allem dazu bestimmt war, den Angriffen der Rechtsradikalen auf Personen des öffentlichen Lebens ein Ende zu machen und die Austragung der politischen Gegensätze in Deutschland in friedlichere Bahnen zu lenken.

Am 11. Dezember 1929 wurde ein Gesetz erlassen, das eine Aufwertung der mittelalterlichen Standesherrnansprüche von 10 Prozent vorjah, während das Reichsgericht in den meisten Fällen mit 85 bis 100 Prozent aufgemerzt hatte. Wäre dies Gesetz nicht gekommen, so hätten die ehemaligen Standesherrn acht- bis zehnmal so viel wie heute erhalten. Die Kommunisten stimmten gegen das Gesetz.

Am 18. März 1930 wurde ein Gesetz angenommen, das die Pensionsansprüche der Reichsminister regelte. Es macht dem Zustand ein Ende, daß ehemaligen Beamten die hohe Ministerpension gezahlt wird, auch wenn sie nur einen Monat im Amt waren. Rünftig sollen den Ministern keine lebenslangen Pensionen gezahlt werden, sondern nur ein Übergangsgeld. Die Kommunisten stimmten gegen das Gesetz.

Die Kommunisten stimmten auch gegen das Tabaksteuergesetz am 21. Dezember 1929, das aus der Zigarette höhere Einnahmen bringen sollte. Die Belastung wurde nicht von den Verbrauchern, sondern von den Zigarettenfabrikanten getragen. Die Kommunisten stimmten ferner am 28. Januar 1930 gegen das Fündholzmopopol, das dem Reich einen Kredit von 500 Millionen Mark garantierte, eine verhältnismäßig günstige Kontingentierung für die Genossenschaften enthielt und eine Mehrbelastung der Verbraucher vertrieb.

In allen diesen Fällen wäre das Ergebnis günstiger gewesen, wenn den bürgerlichen Parteien ein einheitlicher sozialistischer Block gegenüberbestanden hätte. Wenn hierbei immerhin noch erträgliche Lösungen erzielt worden sind, so ist das der Arbeit der Sozialdemokraten zu danken. Die kommunistische Reichstagsfraktion aber hat in allen diesen Fällen mit ihren Abstimmungen den Versuch unternommen, auch diese ersprießliche Tätigkeit der Sozialdemokratie zunichte zu machen. Sie hat damit der Reaktion willkommene Hilfe geleistet.

Gewerkschaft und Demokratie

Es besteht kein Zweifel darüber, daß mächtige Volksgruppen des wirtschaftlichen und politischen Lebens, die dem sozialen Aufstieg der Arbeiterklasse nicht gerade spmpathisch gegenüberstehen, großes Bemühen zeigen, die letzte Regierungskrise, die zur Auflösung des Reichstages geführt hat, in eine Krise des parlamentarischen Systems, in eine Krise der demokratischen Regierungsweise umzuwandeln. Die darauf abgestellte Propaganda wird so laut und so offen betrieben, daß der Wunsch als Vater des Gedankens aus ihr deutlich hervorleuchtet. Seine eventuelle Erfüllung berührt in entscheidendem Maße die Interessen der werktätigen Bevölkerung, die in der Demokratie ihr eigenes Schicksal mit bestimmen und mit formen kann. In noch höherem Grade aber wird die Existenz und das soziale Wirken der Gewerkschaften als Treuhänder der Arbeitskräfte vom Wesen der Staatsform berührt, weshalb folgende Erwägungen den Berührungspunkten von Gewerkschaften und Demokratie und den reaktionären Bestrebungen zu deren Umgehung oder Beseitigung gewidmet sein sollen.

Demokratie oder politische Selbstbestimmung als Gegensatz zum Staatsprinzip der Alleinherrschaft ist, geschichtlich betrachtet, stets eine Forderung unterdrückter Volkschichten gewesen. Sie ist durch keine sozialistische Forderung, sondern vergangene Jahrzehnte zeigen sie uns als Kampfschrei eines liberalen Bürgertums, das gegen die damals herrschenden feudalen Gewalten in Kampfront trat. In verschiedenen europäischen Staaten, von denen nur England und Frankreich genannt seien, legten die Ideen des Bürgertums. In Deutschland dagegen blieben sie in ihren Anfängen stecken. Was hier den regierenden Feudalgewalten abgetrotzt werden konnte, waren nur Teilerfolge, das System blieb bis zur Revolution des Jahres 1918. Und an jenem Noembertage, an dem die Kronen als Sinnbild der Alleinherrschaft verschwanden, war es nicht wie in England und Frankreich ein emporstrebendes Bürgertum, das der demokratischen Staatsidee zum Durchbruch verhalf, sondern der Träger der neuen Staatsform wurde die deutsche Arbeiterklasse. Dieser Tatbestand gab der jungen deutschen Republik das Gepräge und fand mannigfachen Niederschlag in dem wichtigsten staatlichen Grundgesetz, in der Reichsverfassung.

Nicht nur die Rechte und Pflichten der einzelnen Staatsbürger, sondern, soweit es sich um die Arbeitnehmerschaft handelt, auch

die ihrer wirtschaftlichen Interessenvertretungen, der Gewerkschaften, wurden in das Verfassungswerk von Weimar eingebaut. Dadurch wurden die Gewerkschaften indirekt zu Mitträgern der staatlichen Hoheitsgewalt. So ergibt sich, daß ein Außerordentliches der heute geltenden demokratischen Staatsprinzipien auch die wirtschaftlichen Organisationen der deutschen Arbeiterschaft treffen würde, was vielleicht der wichtigste Beweggrund der darauf abzielenden Propaganda ist.

Arbeiterinteressen im allgemeinen und Gewerkschaftsinteressen im besonderen, werden von der Regierungsform insofern berührt, als diese Faktoren der Wirtschaft sind. Ueber letztere ist dem Staate, entgegen einer überlebten liberalen Anschauung weitgehende Machtsbefugnis eingeräumt. Diese zeigt sich nicht nur darin, daß die oberste politische Gewalt, das Reich, zur Befriedigung seiner Bedürfnisse alljährlich ein Achtel bis ein Sechstel des gesamten Volkseinkommens an sich zieht, wodurch das wirtschaftliche und soziale Leben entscheidend beeinflusst wird, sondern auch in einer weitgehenden Verfügungsgewalt über die den Besitz verwalternden Personen, in erster Linie über das Arbeitgeberum. Der deutsche Arbeitgeber ist durch oberstes Reichsgesetz gezwungen, mit den Gewerkschaften als den Vertretern einer bestimmten Berufschicht Lohn, Arbeitszeit und sonstige Fragen des Arbeitsverhältnisses zu arbeitslosen, kranken, invaliden oder alten Arbeitern bestimmen die parlamentarischen Vertreter der Arbeiterschaft mit. Bestimmungen gegen den wirtschaftlichen Mißbrauch bestimmter Machtstellungen durch überhöhte Preisforderungen bei vorher vertraglich ausgeschalteter Konkurrenz engen das unternehmerische Machtfeld auch in dieser Beziehung ein. Das Entscheidende bei all diesen Maßnahmen aber ist, daß sie nicht als Einzelerkenntnisse zu betrachten sind, sondern Glieder in der Kette des sozialen Befreiungskampfes der Arbeiterschaft darstellen. Diese Machtstellung des Staates aber besagt an sich noch nichts, sie kann für die Arbeiterschaft erst dann fruchtbringend werden, wenn diese auch entsprechend ihrer Stärke und ihrer Bedeutung im Wirtschaftsleben an der Staatsführung beteiligt ist, um die angelegten Aufgaben selbst durchzuführen und überwachen zu können.

In der Demokratie ist ihr diese Möglichkeit durch entsprechende Befugnisse am Wahltage gegeben, andere Regierungssysteme schließen sie davon aus. Nun ist ein gewollter Wechsel der Staatsform nicht so leicht durchzuführen wie ein vertragswidriger Beschluß eines Arbeitgeberverbandes. Die Volksgruppen — und das trifft auf die gesamte deutsche Arbeitnehmerschaft ohne Ausnahme zu — die dadurch ihre Lebensrechte bedroht fühlen, würden sich zur Wehr setzen, zumal dafür aus den Rapp-Tagen des Jahres 1920 schon ein Vorbild besteht. Genau so wie damals würden alle gewaltsamen Verfassungsänderungen den energigsten Widerstand der festgesetzten und starken freien Gewerkschaften zur Folge haben. Es besteht kein Zweifel darüber, daß dadurch den reaktionären Machtmühen sehr schnell eine Grenze gesetzt sein würde. Die Ausschließbarkeit eines derartigen Beginns ist natürlich allen reaktionären Realpolitikern klar. Da diese aber die Demokratie, die dem arbeitenden Volke auf die Führung der Staatsgeschäfte großen Einfluß einräumt, nicht lieben, so müssen zu deren Diskreditierung andere Wege gegangen werden. Einer dieser ist das Regieren mit Artikel 48 der Reichsverfassung. Dessen Anwendung wurde von den kapitalistischen Parteien von langer Hand vorbereitet. Man mutete der größten deutschen Partei, die es sich zur besonderen Aufgabe gestellt hat, Arbeiterinteressen zu vertreten, unmögliches zu und zwang sie so zum Austritt aus der Reichsregierung. Dann bildete sich ein Bürgerblockkabinett, das unter der Führung der christlichen Gewerkschaftler Brüning und Stegerwald die färglichen Bezüge der Arbeitslosen und der Kranken schmälerte, ungeheuerliche Massenbelastungen zum Gesetz erhob und die arbeitereigenen Konsumvereine mit einer Sondersteuer belegte. Als diese ungeheuerlichen sozialreaktionären Maßnahmen nicht mehr mit Hilfe der Parlamentsmehrheit durchgeführt werden konnten, erhob man sie verfassungswidrig durch eine Verordnung auf Grund des Artikels 48 zum Gesetz. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion beantragte dessen Aufhebung und drang damit durch. Seitdem spricht man von einer Staatsstreich über eine Sache, die nichts anderes war als eine Regierungskrise. Wie eingangs des Artikels schon gesagt wurde, ist hierbei der Wunsch der Vater des Gedankens. In nicht zur Tat werden zu lassen, haben wir mit in der Hand dadurch, daß am 14. September auch von den Gewerkschaften alle Kraft aufgebracht wird, um der Reaktion die Macht der Arbeiterklasse zum Bewußtsein zu bringen. Gelingt das, dann wird auch die Demokratie gesichert sein.

Parteien im Schmelztiegel

Wo zehn Deutsche zusammen sind, gründen sie eine Partei oder einen Verein. Die Vereinsmeierei blüht nirgends so viel wie hierzulande. Kein Wunder deshalb, daß zu den Parlamentswahlen weit über ein Duzend Parteien aufmarschieren und um die Seele des Volkes werben. Solche nach dem Willen einzelner Personen oder bestimmter Interessen ins Leben gerufenen Parteigeilde haben natürlich keinen ewigen Bestand. Und so nimmt es denn nicht wunder, daß der diesmalige Reichstagswahlkampf eingeleitet wird mit einer gründlichen Umgruppierung im Parteigerbe. Die Demokratische Partei hat sich selbst aufgelöst und ist mit der Gruppe Maximalisten in der Deutschen Staatspartei aufgegangen. Der Zerfall der Deutschnationalen ist schon seit längerer Zeit im Gange. Die aus der Hugenbergpartei Entlaufenen haben sich wiederum in mehreren Parteispaltungen aufgefächert. In der Volkspartei kristallisiert es; man versucht einen Zusammenschluß mit der Wirtschaftspartei, den Volkserbeerbanten und der Bestärkungsgruppe. So haben wir das schönste Durcheinander, woraus sich nur eins mit Deutlichkeit erschließen läßt, daß bestimmte Gruppen aus diesem Wirrwarr sich herauskristallisieren. Aber mehr und mehr scheint bei den bürgerlichen Parteien die Neigung, nach rechts abzumarschieren, die Oberhand zu gewinnen. Die neue Staatspartei läßt dies deutlich erkennen. In zunehmendem Maße schließt sie das Bürgertum gegen die Arbeiterschaft zusammen. Schließlich wird es, wenn auch mit gewissen Abweichungen, zwei Fronten geben: die Bürgertum, die Arbeiterschaft, oder hier Arbeit, dort Kapital. Vielleicht wird das Zentrum mit seinem religiösen Untergang eine gewisse Ausnahme bilden, aber im großen ganzen wird die Entwicklung so ähnlich verlaufen.

Es ist ganz klar, daß aufrechte Männer, so weit sie zur Arbeiterklasse zählen, einen derartigen Rechtsabmarsch nicht mitmachen können. Als erster hat Anton Erkelenz, der bisherige demokratische Politiker und Führer der Hirsh-Dunderschen Gewerkschaften, die einzig richtige Folgerung gezogen und hat sich der Sozialdemokratischen Partei angeschlossen. In einem Briefe an Rosa Wesseler hat er die Gründe dargelegt, die ihn zu diesem Schritt bewogen haben. Er erklärte, daß sein Platz auf der Seite der Arbeitenden sein müßte, wenn die Demokratische Partei sich immer weiter nach rechts entwickelte. Es zeugt von einem guten Charakter, wenn ein Mann wie Erkelenz eine reinliche Scheidung dem ewigen Hin- und Herschwanken vorzieht. In dem genannten Briefe gibt Erkelenz bekannt, daß sich an seiner gewerkschaftlichen Einstellung nichts ändern würde. Damit soll wohl gemeint sein, daß er nach wie vor als Führer der Hirsh-Dunderschen Gewerkschaften tätig sein will.

Hier taucht bei uns die Frage auf, ob Leute wie Erkelenz auf halbem Wege stehen bleiben können und die Existenz der richtigen halten. Wenn man schon einzieht, daß es politisch zum Schanden der Arbeiterschaft ausschlägt, außerhalb der Sozialdemokratie zu bleiben, dann sollte man auch erkennen, daß es neben der freien Gewerkschaftsbewegung keine konsequente Arbeitervertretung geben kann. Vielleicht ist es noch verfrüht, die Verschmelzungsfrage zwischen den Gewerkschaften und den freien Gewerkschaften zu diskutieren. Dessen ungeachtet sind wir aber der festen Meinung, daß es auf die Dauer einfach ein Ding der Unmöglichkeit ist, einen sogenannten freiheitlich-nationalen Heerban neben der breiten Front des ADGB marschieren zu lassen. Die Zeiten sind zu ernst, um die Organisationszerpflüchterung aufrecht zu halten oder gar noch weiter zu treiben. Erkelenz hat politisch den Mut zur Konsequenz gehabt, wir hoffen zuverlässlich, daß er als alter Gewerkschaftler auch auf seinem ureigenen Gebiet den Mut zur reinlichen Scheidung aufbringen wird. Der Arbeiterbewegung als Ganzes genommen, würde dieses nur zum Vorteil gereichen.

Bücher und Zeitschriften

Carl Abramowitz: *„Hauptprobleme der Soziologie“* (Probleme marxistischer Lebenserkenntnis). Verlag: Courten, G. m. b. H., Berlin. Preis kart. 5 RM. Die Art, wie Abramowitz hier mit den sich zu „marxistischen“ wissenschaftlichen Marxiern (wie er sie nennt) fertig wird, seine Darlegung des Verhältnisses von Soziologie zu Marxismus, seine grundlegende soziologische Unterlegung der menschlichen Dinge, seine Abhandlung über Kultur und über den von ihm formulierten soziologischen Wertbegriff, der eine notwendige Ergänzung zur marxistischen Definition bietet, die soziologische Analyse von Revolution, Demokratie und Diktatur, die Unterlegung des Wesens von Nationalismus und die darauf folgende Charakteristik von Nationalismus und Internationalismus, und schließlich seine Begriffsbestimmung der Weltlichkeit von Erziehung und Schule — alles zeigt uns hier die einhellige, klare und große Linie, die wahrhaft produktive Methode, mit der der schöpferische Marxist, der Soziologe, die bunte Vielfalt wichtigster Lebens- und Erkenntnisprobleme zu meistern versteht.

Man hat allen Grund, dem im Vorwort bereits angeführten Befund der in diesem Bande noch folgenden Kapitel über Ehe, Familie, Staat und Religion mit Spannung entgegenzusehen. Dieses Buch gehört in jede Arbeiterbibliothek.

Die Steinbrucharbeit im Deutschen Arbeitschutzmuseum zu Berlin-Charlottenburg

Nachdem die Berufsgenossenschaften Unfallverhütungsvorschriften erlassen hatten, liefen beim Reichsversicherungsamt in steigender Zahl Gesuche von Erfindern und Firmen ein, die von ihnen erfundenen oder hergestellten Schutzvorrichtungen und Apparate zu prüfen. Diesen Gesuchen waren die Vorrichtungen und Apparate oft beigelegt und sammelten sich im Reichsversicherungsamt an. Das zunehmende Interesse an der Unfallverhütung, das hierdurch zum Ausdruck kam, veranlaßte das Reichsversicherungsamt, seinerseits den Plan: Schaffung eines besonderen Unfallverhütungsmuseums, aufzunehmen. Es regte an, die allmählich entstandene Sammlung der Öffentlichkeit zugänglich zu machen und weiter auszubauen. Ein vorläufiger Platz für die Unterbringung wurde schließlich in den nächstbenutzten Pferdeställen und Wagenremisen des damaligen Reichsschatzamtes in Berlin, Wilhelmplatz 2, gefunden. Diese Sammlung hat den Hauptgrundstock für die ständige Ausstellung des Reiches gebildet.

Die Zentralstelle für Arbeiterwohlfahrtseinrichtungen, mit Unterstützung des Reiches und der Länder 1891 gegründet, verfolgte den Zweck, die auf Besserung der Lage der Arbeiter gerichteten Bestrebungen zu fördern und die Arbeitgeber hierüber zu beraten. Die Sammlung von Zeichnungen und Modellen von Arbeiterwohnungen, Krankenhäusern und dergleichen, welche die Zentralstelle zusammengebracht hatte, war zunächst in unzureichender Weise im Hygienemuseum der Universität mit untergebracht, und das Handelsministerium regte deshalb beim Reichsamt des Innern ihre Vereinnung mit den Sammlungen des Reichsversicherungsamtes und in der Technischen Hochschule zu einem Museum an. Bei den Haushaltsberatungen im Reichstag im Jahre 1900 äußerten dann die Redner aller Parteien ihre Genugtuung über die Einteilung von Mitteln für die ständige Ausstellung für Arbeiterwohlfahrt. Der Haushalt wurde genehmigt und der Bau konnte nach jahrelangen Vorverhandlungen beginnen.

Das Deutsche Arbeiterschutzmuseum steht in Berlin-Charlottenburg in unmittelbarer Nachbarschaft der physikalisch-technischen Reichsanstalt. Im Jahre 1902 wurden in den Neubau die inzwischen ausgewählten Gegenstände aus der Sammlung des Reichsversicherungsamtes übergeführt, ebenso die von der Pariser Weltausstellung überworfenen Gegenstände. Am 18. Juni 1903 ist dann die Ausstellung in der Frauenhoferstraße dem Publikum geöffnet worden. Die Gesamtkosten für den Grundstückskauf und die Bauten beliefen sich auf 1.043.000 Mark, wozu noch 70.000 Mark Verwaltungskosten kommen. Die Ausstellungsfläche beträgt 1610 Quadratmeter für die Halle und 818 Quadratmeter für die Galerien. Die Halle wird von einem Laufstegan von 10.000 Kilogramm Tragkraft bestrahlt. Zur Zeit ist das Deutsche Arbeiterschutzmuseum in zwei Hauptgruppen geteilt, die jeweils wieder in zwei Unterabteilungen zerfallen.

I. Unfallverhütung: A. Allgemeine Unfallverhütung, B. Besondere Unfallverhütung.

II. Gesundheitschutz: A. Allgemeine Hygiene, B. Gewerbehgiene.

Während die Abteilung „Allgemeine Unfallverhütung“ in den Untergruppen Transporte und Hebezeuge, verschiedenes Gerät sowie Unfallverhütungsvorrichtungen enthält, die für das Steinbruggewerbe von Bedeutung sind, ist in der Abteilung „Besondere Unfallverhütung“ die 15. Untergruppe ausschließlich dem Berufsbereich der Steinbrüche und Gräbereien gewidmet. Man darf ohne etwaigen Nachdruck doch aussprechen, daß, abgesehen von dem Lehrbergwerk wohl keine Abteilung so anschaulich ein Bild von dem hohen Ausmaß der Berufsgefahren gibt, die den Steinbrucharbeiter in seinem täglichen Wirkungsbereich umgeben. Man sollte stets vor Tarifstreitigkeiten an diesen Modellen den unparteiischen und beurlaubten Schlichter vor Augen treten lassen, wie gefahrenreich doch der Beruf des Steinarbeiters ist. Ferner möge es kein Kollege veräumen, wenn er dazu Gelegenheit hat, die äußerst lehrreiche Sammlung recht eingehend zu besichtigen, insbesondere auch die Teile sich anzusehen, die nicht unmittelbar mit dem Beruf zusammenhängen, dennoch sehr lehrreich sind.

Wir wollen nachstehend nur den Abschnitten eine kurze Schilderung widmen, die in der Hauptsache auf die Steinbrucharbeit Bezug nehmen.

Die Steingewinnung bzw. den Abbau in den Steinbrüchen findet der Besucher an einem in natürlicher Größe aufgeführten Steinbruchmodell dargestellt, das von der Galeriehöhe bis zum Hallendach reicht, während die sonstigen Ausstellungsgegenstände der Gruppe 15, Steinbrüche und Gräbereien, sich im Erdgeschloß unterhalb des Steinbruches befinden. Das Steinbruchmodell stellt die Struktur und Abbaueise mit Einzelheiten des Sprengens dar. Vom Besucher aus gesehen gelangt links Granit, daneben, durch ein Uebergangsgestein in Form einer Klüftung verbunden, Grawacke, dann Sandstein und Kalkstein zum Abbau. An der Außenseite sind die Bohrlöcher für die Sprengschüsse in richtiger Größe und Richtung, aber aufgeschnitten dargestellt, die Sprengpatronen sitzen an ihrem Platze, und die Vorrichtungen zum Zünden, zum Entfernen von Versagern usw. werden vorgeführt. Im Granit befindet sich ein mit sieben Patronen besetztes Bohrlöcher, für Zündschnurzündung eingerichtet, und ebenda in einer 20 Zentimeter breiten Spalte ein mit losem Pulver besetzter Latzschuß für elektrische Zündung. Sandstein und Grawacke weisen zwei Pulverschüsse mit je vier Patronen, je mit einer Zündschnur und elektrischer Zündung, einem Dynamitschuß mit fünf Patronen und Zündschnurzündung und einen Schuß mit einer großen Zahl von Patronen und elektrischer Zündung auf. Ferner ist dort die Beseitigung von Versagern dargestellt, das verbotene Ausbohren an einem Versager mit vier Dynamitpatronen, das Auspülen mit einem Patronenpöller und das Abtun eines Versagers durch ein daneben niedergebendes Bohrlöcher. Ein Schießmeister (Modell) ist damit beschäftigt, ein Bohrlöcher mit losem Sprengstoff zu füllen, eine vorgeschriebene Pulverkante steht daneben. Hölzerne Ladeböden für das Einbringen des Besazes, ein Präzisionshammer, ein Bohr- und Schlaghammer, Faschinen, Drahtmatten und Eisenbahnschwellen als Schutzvorrichtungen gegen umhergeschleuderte Teile und Zündapparate ergänzen die Darstellung. Der rechte Teil des

Modells veranschaulicht die Pfeilersprengung im Kalkstein. Zwei aus dem Lagerhaften Gestein herausgearbeitete Pfeiler sind mit je zwei wagerechten Bohrlöchern versehen, die mit Sicherheits-Sprengstoffpatronen besetzt sind; die Zündmaschine zum Abtun der Schüsse steht bereit. Auf der oberen Sandsteinplatte ist ein vorchriftsmäßig angelegter Arbeiter (Modell) damit beschäftigt, die losen Massen nach dem Schuß zu entfernen. Vor dem Modell liegen noch Werkzeuge, eine Schottergabel und eine Wippbrechstange. Eine andere im Elbsandsteingebirge und im Maintal heute noch geübte Abbauart wird an einem Modell unten gezeigt. Dort wird die ganze Wand unter Aufsicht besonders dazu angestellter Bruchmeister unterhohlt, und dann werden die untergestellten Holzstützen weggesprengt, so daß die ganze Wand auf einmal kommt. Dann sind weitere Einrichtungen ausgestellt, die bei den Sprengarbeiten gebraucht werden, wie ein Transportkasten für Sprengpatronen, eine Warnungsfahne, eine Signalpfeife, Zangen zum Antreiben der Zündschnur, ein das Antreiben unnötig machender Sprengapparat-Zündschnurverbinder, Zeitzähler für elektrische Zündung, Sprengpatronen, Sicherheitszündschüre, eine Zündbatterie und dergleichen. Das Modell eines dynamitmagazins weist einen Vorraum zur Unterbringung der Zündhütchen und des Aufstautens und einen hinteren Raum zur Aufnahme des Dynamits auf, beide Räume sind entlüftet. Die vorchriftsmäßige getrennte Aufbewahrung von Sprengpatronen und Patronen ist auch in einem transportablen Sprengstoffmagazin zu sehen. An einigen weiteren Modellen wird die Einrichtung von Unterständen für das Schießpersonal gezeigt. An anderen wieder Schutzhütten für die Steinschläger. Wo mehrere Steinschläger nebeneinander arbeiten, werden ihre Arbeitsstände durch Bretterwände voneinander getrennt, die einen Schutz gegen Stein splitter gewähren. Modelle von Bremsbergen mit Hangvorrichtungen, eines Derricks, eines modernen, mit Hangvorrichtungen, eines Transporteinrichtungen vorerhellen Steinbrüche mit Kalkfornerei, das Modell eines Bohrturms, Schutzbrillen für Steinschläger und Unfallverhütungsbrieten dienen zur weiteren Veranschaulichung der Schutzmaßnahmen.

Die Abteilung Gewerbehygiene enthält zunächst Darstellungen aus den Gebieten der Berufsberatung, Berufsplanung, Physiologie der Arbeit, sinnfällige Darstellungen über gesundheitliche Schädigungen durch Staub und Infektionen und dann auch eine Erläuterung über die Hygiene der Sprengstoffindustrie. Wir glauben, daß auch eine kurze Darstellung des unter dem letztgenannten Punkte entwickelten Gegenstandes unserer Lesern von Belang sein dürfte. Ueber die Hygiene der Sprengstoffe ist zu berichten:

Die in der Gruppe 35 behandelte Sprengstoffindustrie ist für die Steinarbeiter von besonderem Interesse. Das Sprengstoffgesetz vom 9. Juni 1884 untercheidet Sprengstoffe in Schießmittel. Zu ersteren sind die Zündmittel zu rechnen. Nach den Ausfuhrbestimmungen vom 29. April 1903 rechnen als Schießmittel auch das zum Sprengen benutzte Schwarzpulver und schwarzpulverähnliche Sprengstoffe, deren Vertrieb, Besitz und Einkleidung der polizeilichen Genehmigung bedarf. Die Sprengstoffe kann man wiederum in einheimische und gemischte teilen: Einheimische Sprengstoffe sind z. B. Trinitrotoluol, Pikrinäure, Nitroglyzerin, Amalquedilber und Bleiazid. Gemischte

„Der Steinprolet“

Ein Organ für kommunistische Gewerkschaftszersplitterung!

Im Wurzen-Hohburger Steinbruchbezirk versuchen die Anhänger der „revolutionären“ Gewerkschaftsopposition, gemeint ist natürlich die Kommunistische Partei, mit einigen lächerlichen Fügen Papier die Steinarbeiter gegen ihre zuständige Gewerkschaft in Opposition zu drängen.

Herausgegeben werden diese kommunistischen Fälschungsblätter von Leo Zimmermann aus Wurzen, er scheint auch selber der Verfasser dieses Unsinns zu sein, denn die Stilistik und Orthographie spricht ganz dafür, auch der Inhalt beweist, daß der Schreiber kaum einen Steinbruch gesehen, viel weniger darin gearbeitet hat.

Im allgemeinen ist der Inhalt dieses „illustrierten“ Abortpapiers nur zur Wahlpulversammlung für die Kommunistische Partei bestimmt.

Das Titelblatt ist mit einem Gedicht geziert, bei dem man scheinbar den Hauptwert auf den Reim gelegt hat; der Inhalt ist natürlich darauf abgestimmt, daß die „revolutionäre“ Gewerkschaftsopposition und die KPD, die einzigen Organisationen sind, in welchen sich „Klassenbewußte“ Arbeiter sammeln.

Auf der zweiten Seite besetzt man sich mit der Lage der Steinarbeiter im Wurzen-Hohburger Bezirk, nach Meinung der mehr als 100 Prozent Revolutionäre ist natürlich nur der Steinarbeiterverband an den Augenblickserfolgen der Unternehmer schuld.

Die „revolutionäre“ Gewerkschaftsopposition, das weiß ja die Steinarbeiterchaft des hiesigen Bezirks, kann ja nur als die einzige vernünftige Richtung in Frage kommen, denn sie sorgt doch zur Genüge für die Zerstückelung der Einheit und Kampfkraft der Gewerkschaften, ohne sich durch sie verschuldete Niederlagen verantwortlich zu fühlen. Die Verantwortung trägt eben nur die „reformistische Verbandsbürokratie“.

Zur Abwechslung gelangt man auf der dritten Seite dieses vorhinflüchtigen Verstandigungsorgans von der Lage der Steinarbeiter im Wurzen-Hohburger Bezirk zur Behandlung der Panzerkreuzergeschichte und zum Lübecker Kindersterben.

Auch der bei der Firma Fr. Jachmann erfolgten Reduzierung der Spigenlöhne widmet man einige Zeilen. Allerdings ist es bedauerlich, daß auf Grund der schlechten Verhältnisse es nicht verhindert werden konnte, dem Unternehmer geringe Zugeständnisse zu machen, die auf jeden Fall annehmbarer waren, als deshalb die Steinarbeiterchaft in einen aussichtslosen Kampf zu führen.

Den Kommunisten kommt es aber auf eine Niederlage der Arbeiter nicht an, die Hauptsache ist, man macht damit für die KPD ein Geschäft. In diesem Sinne ist bis zum letzten Ende ihres Lateins der Inhalt dieses Aushängeschildes der Kapedisten gehalten, deshalb erübrigt es sich auch, weitere Worte darüber zu verlieren.

Die Steinarbeiter werden jedenfalls mit keinem Gedanken darauf kommen, einen Delegierten zum zweiten Landeskongreß der sogenannten KGD zu entsenden, sie wissen, daß nur einzig und allein der Steinarbeiterverband in enger Verbindung mit der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands die Interessen der Arbeiterchaft vertreten wird und jeder Steinprolet wählt deshalb am 14. September zur Reichstagswahl die Liste 1 der Sozialdemokratischen Partei.

Die Arbeitslosigkeit im Verbands Ende Juli 1930

Von 57 504 von der Zählung erfassten Mitgliedern waren 22 239 Mitglieder (38,7 Prozent) arbeitslos. An der Zählung beteiligten sich 643 Zahlstellen.

145 Zahlstellen mit 8245 Mitgliedern beteiligten sich an der Zählung nicht.

Auf die beiden Hauptgruppen verteilte sich die Arbeitslosigkeit wie folgt:

Steinarbeiter: Gemeldet 42 228 Mitglieder Arbeitslos 16 648 (39,4 Prozent).

Sprengstoffe: Ammonite, Chloratite und Perchloratite sowie die Dynamite. Der Verkehr mit Sprengstoffen und die Ausgabe von Sprengstoff-Erlaubnisheinen sind durch Landesverordnungen geregelt. Die Gefahr der Sprengstoffe liegt in erster Linie in ihrer Eigenschaft, durch Stoß, Reibung oder Erwärmung plötzlich in Form hochdrückter Gase zu zerfallen, wobei große Energiemengen frei werden. Dieser Hauptgefahr muß durch die bauliche Anlage der herstellenden Betriebe und der Lager Rechnung getragen werden. Die einzelnen Arbeitsgänge sind räumlich voneinander zu trennen, die Gebäude sollen möglichst weit auseinander liegen, durch ihre Bauart, durch beschränkte Belegung und durch sonstige Einrichtungen, z. B. Umwallung, die Arbeiter und die weitere Umgebung gegen Brände und Explosionschäden schützen. Die besonders gefährlichen Arbeiten werden ohne Gegenwart von Arbeitern ausgeführt. Die Art der Beleuchtung, der Heizung und der maschinellen Anlagen soll jede Zündungsgefahr ausschließen. Blitzschutz und Löschvorrichtungen müssen vorhanden sein. Auch die Rohstoffe sind zum Teil, z. B. Toluol, Aether, Alkohol und Azeton, stark feuergefährlich. Bei dem Umgang mit den aus Salpeter und Schwefelsäure bestehenden Nitrieräuren und mit giftigen Stoffen wie Anallquersilber kommen die üblichen Schutzmaßnahmen in Betracht. (Vergleiche die ausgestellte Siebvorrichtung für Anallquersilber mit Staubabscheidung.)

Die Verwendung jedes Sprengstoffes setzt eine Kenntnis seiner besonderen Eigenschaften voraus! Schwarzpulver und die schwarzpulverähnlichen Sprengstoffe sind besonders feuergefährlich, Anallquersilber und Bleiazid sowohl sehr feuergefährlich wie sehr empfindlich gegen Stoß und Reibung, in letzterer Beziehung übertreffen wiederum die Dynamite und die Chloratitpräparatstoffe alle übrigen Sprengstoffe. Die an und für sich bestehende Gefahr wird noch größer, wenn die Sprengstoffe in engen Räumen, namentlich in Bergwerken verwendet werden, wo Menschen in großer Zahl arbeiten. Bei der Sprengstoffarbeit kann durch unvorsichtige Handhabung und herausstretende Stichflamme etwa vorhandenes Grubengas oder Kohlenstaub zur Explosion gebracht werden. Es ist bekannt, welche Schäden dabei namentlich die giftigen Nachschwaben anrichten können. Schon die Verbrennungsgase der Sprengstoffe allein können je nach ihrer Zusammensetzung giftig wirken. Um die Handhabung sicherer zu gestalten, dürfen nur patronierte Sprengstoffe verwendet werden. Die Patronen haben verschiedene Farben, und zwar von den Gesteinsprengstoffen die Pulverprengstoffe braune und die brillanten Gesteinsprengstoffe rote, schließlich die Wetterprengstoffe gelblich-weiße. Gleichzeitig sind einheitliche Bezeichnungen eingeführt, und die Zahl der Sprengstoffe ist erheblich herabgesetzt. Statt etwa 170 Ammonite gibt es jetzt einige 20, statt 27 Chloratite und 30 Perchloratite je 3.

Das Besetzen von Sprengschüssen wird ebenfalls an Modellen geübt, darunter ein Sprengschuß mit Innen- und Außenbesatz aus Gesteinsstaub. Es folgen Vorrichtungen, die das Einbringen der Sprengpatrone und das Befestigen von Versagern sicherer gestalten sollen. Die Sicherheitsmaßnahmen, die bei der Herstellung und Lagerung der Sprengstoffe für die Betriebssicherheit und Vermeidung von Gefahren für Leben und Gesundheit nötig sind, sind in Merkblättern zusammengestellt, die von der beim Reichsarbeitsministerium bestehenden Zentralaufwachsstelle für Sprengstoff- und Munitionsfabriken herausgegeben werden.

Steinleger: Gemeldet 15 276 Mitglieder. Arbeitslos 5591 (36,6 Prozent).

Ein Vergleich mit der Juli-Arbeitslosigkeit der Vorjahre ergibt folgendes Bild:

1925 1926 1927 1928 1929 1930
0,8 Prozent 8,4 Prozent 1,3 Prozent 4,2 Prozent 7,9 Proz. 38,7 Proz.
Auf die einzelnen Landesarbeitsamtsbezirke verteilt sich die Arbeitslosigkeit im Prozentverhältnis wie folgt:

Landesarbeitsamtsbezirk	Steinarbeiter v. S.	Steinleger v. S.	Insgesamt v. S.	im Vormonat
Rheinland	54,1	63,0	55,9	58,3
Schlesien	58,5	38,8	54,9	55,2
Westfalen	36,2	53,3	44,9	53,3
Ostpreußen	22,0	50,2	42,8	41,4
Brandenburg	38,8	38,8	38,8	34,2
Mitteldeutschland	34,9	42,8	37,6	38,7
Pommern	30,4	33,3	36,1	38,6
Sachsen	37,7	20,5	35,6	37,4
Bayern	35,0	31,1	34,7	22,8
Hessen	31,6	44,5	34,1	35,7
Nordmark	19,1	27,8	25,6	25,2
Südwestdeutschland	24,1	40,5	24,8	30,2
Niedersachsen	17,1	28,1	22,6	22,6
Reichsgebiet	39,4	36,6	38,7	38,4

Die Arbeitslosigkeit in unserm Verbandsbereich ist allgemein noch erschreckend hoch, es hat sogar im Vergleich zum Vormonat eine kleine Steigerung stattgefunden. Leider werden die kürzlich herausgegebenen Schotteraufträge der Reichsbahn an der Arbeitslosigkeit in der Steinindustrie nicht viel zum Besseren ändern. Die Schotterherstellung ist durchweg Maschinenarbeit und das Rohmaterial dazu ist in den meisten Fällen bereits gebrochen, lagert im Steinbruch. Um die große Arbeitslosigkeit in der Steinindustrie und im Straßenbau zu beheben, bedarf es anderer Aufträge wie die von der Reichsbahn und zwar solcher, bei denen es auf die manuelle Geschicklichkeit der Arbeiter ankommt. Mit solchen Aufträgen sieht es in den großen Steinbruchgebieten sehr trübsal aus. Noch wenige Wochen, dann weht der Herbstwind über die Stoppeln, der auch die letzte Hoffnung auf ein Besserwerden für dieses Jahr bei allen in Mitteldensität Gezogenen wegläuft. Dann steht der Winter vor der Tür und mit ihm die bange Frage für all die Ausgesteuerten: Was nun? --

Je länger die Wirtschaftskrise dauert, desto höher wird allgemein die Zahl der Arbeitslosen, die aus der Arbeitslosenunterstützung auscheiden und entweder der Krisenunterstützung anheimfallen oder gänzlich ohne Unterstützung bleiben. Wie hoch die Zahl der Ausgesteuerten wächst, wird deutlich gemacht in dem Arbeitsmarktbericht des Landesarbeitsamtes Brandenburg vom 9. August. Wir bringen daraus nachstehende Feststellungen: Der Zugang an Unterstützungsbezieher fällt einzig und allein auf die Krisenfürsorge, das heißt auf solche Arbeitsuchende, die noch kein Anrecht auf versicherungsmäßige Arbeitslosenunterstützung erworben haben oder aus dieser ausgesteuert sind. Den Umfang dieser Aussteuerungen, auch im Vergleich zum Vorjahre, zeigen folgende Zahlen:

Berichtszeit	1930	Aussteuerungen 1929	1930 mehr in Proz.
vom 16. 4. bis 15. 5.	25 267	8951	182
vom 16. 5. bis 15. 6.	27 865	9998	179
vom 16. 6. bis 15. 7.	30 767	8123	279

Während also im Vorjahre in der Berichtszeit von 16. Juni bis 15. Juli die Aussteuerungen bereits einen merklichen Rückgang aufwiesen, nehmen sie im laufenden Jahre unentwegt zu. Der Einwand, daß höhere Unterstützungsbezieherzahlen auch höhere Aussteuerungen bedingten, wurde durch die letzte Zahlenreihe entkräftet. 5644 Aussteuerungen oder 18 Prozent, nächst den ungelerten Arbeitern der höchste Anteil von den 30 767 ausgesteuerten Personen, zählten zur Berufsgruppe Metallindustrie, in welcher am 31. Juli 1930 87 505 verfügbare Arbeitsuchende gezählt wurden, gegen 36 599 an gleichen Tage des Vorjahres.

Diese Ausführungen des betreffenden Landesarbeitsamtes sprechen eine deutliche Sprache. Ernsthaft muß recht bald erwogen werden, was aus den Ausgesteuerten werden soll.

Internationaler Bericht

vom 2. Quartal 1930

Norwegen. Die Mitgliederzahl hat zugenommen; wir zählen heute 1900 Mitglieder in 47 Ortsgruppen.

Die Arbeitsverhältnisse für Pflastersteinhauer waren gute, für Kantsteinhauer seit dem April jedoch schlimme. Es ist beinahe unmöglich für einen Kantsteinhauer mehr wie 120 Kronen pro Monat verdienen zu können. Auch in der Baubranche war es in letzter Zeit nicht gut bestellt, immerhin ist deren Arbeitslosigkeit keine große.

Tarifrevisionen waren für die Straßenbau- und Kantsteinhauer sowie Schmiede und Tagelöhner. Die Tarife waren von beiden Seiten gekündigt. Es wurde dann nach Verhandlungen abgemacht, den bisherigen Vertrag für eine weitere Frist bestehen zu lassen. Der Vertrag gilt nun bis Juni 1931.

Auch bei den Klebersteinarbeiten waren Differenzen bezüglich Arbeitsvertrag. Der bestehende Vertrag wurde gekündigt und nach kurzem Kampf zum ersten Male in dieser Berufsgruppe Ferien bis zu 8 Tagen erreicht.

Die 26. Landesversammlung des Verbandes fand in den Tagen vom 27. bis 30. April statt. Es wurden wichtige Änderungen im Statut vorgenommen. Der Verbandsvorstand wurde von 6 auf 11 Mitglieder erweitert und verschiedene Neuwahlen vorgenommen.

Holland (Bauarbeiter). Die Zahl der organisierten Steinarbeiter hat sich nicht geändert, wohl die des Gesamtverbandes. Im April wurde ein neuer Arbeitsvertrag abgeschlossen, wonach sämtliche Steinhauer erhalten 2 Cent Lohnerhöhung pro Stunde und Ferienverlängerung von 3 auf 4 1/2 Tagen. Diese Ferienverbesserung ist mit großem Enthusiasmus aufgenommen worden.

Die Konjunktur ist eine gute, doch wie gewohnt, kommt die Hauptarbeit immer vom Ausland. Die einheimischen Steinhauer sind meistens in der Grabstein- und Renovationsbranche beschäftigt. Der größte Feind der Steinhauer ist das Unterakkordantensystem, da bekämpfen sich die Steinhauer selbst.

Oesterreich. Oesterreichs allgemeine, wirtschaftliche Verhältnisse sind schon seit Jahren andauernd schlecht, drücken schwer auf unsere im Lande befindliche Steinindustrie und ihre Arbeiter. Die Kapitalarmut unseres Landes bringt es mit sich, daß einzelne Zweige der Steinindustrie sich nur sehr schwer entwickeln können.

Besonders hart wird davon die Marmorindustrie getroffen. Die Aufnahmefähigkeit von eingeführtem Marmor ist in unserem Lande sehr gering, obzwar die Marmorindustrie nur durch eine gesteigerte Einfuhr von Marmor sich günstig entwickeln könnte. In der Granitindustrie würde sich eine Steigerung des Imports auf die Berufsverhältnisse ungünstig auswirken. Das Gegenteil wäre im Interesse der Granitarbeiter erwünscht. Erfreulich ist für die österreichischen Steinarbeiter die im Jahre 1929 sich aufwärts bewegende Exportsteigerung von Pflastersteinen und Schotter. Oesterreich verfügt für diesen Industriezweig über ausgezeichnetes Material und wäre auch hier eine weitere Steigerung des Exportes sehr erwünscht. Eine Unterbindung der Ausfuhr würde schwere wirtschaftliche Nachteile mit sich bringen.

Die allgemeine Lage der Steinindustrie in Oesterreich verlangt eine Steigerung des Exportes, denn im Lande selbst könnte ohne diesem sich die Industrie nicht aufrechterhalten.

Deutschland. Wie sehr unser Verbandsleben unter der hegreichenden Arbeitslosigkeit leidet, kann aus folgenden Arbeitslosenziffern unserer Verbandsmitglieder entnommen werden. Zum Vergleich führen wir jene Ziffern der Vorjahre aus dem Monat Juni mit an: Im Jahre 1927 waren 1,5 Prozent arbeitslos, 1928 = 3,7 Prozent, 1929 = 5 Prozent und 1930 waren im Juni noch 38,4 Prozent ohne Arbeit. Dabei ist zwischen Steinarbeitern und Straßenbauarbeitern in der Arbeitslosigkeit nur ein ganz geringer Unterschied. Denn bei den ersteren waren es rund 39 und bei den letzteren 36,7 Prozent, so daß der Durchschnitt auf die Gesamtberufsgruppen im Verbands 38,4 Prozent ergibt. Darunter leidet, wie gesagt, unsere ganze Organisationsarbeit, und wenn unter diesen Verhältnissen die Mitgliederzahl gehalten werden kann, die Entlohnung auf bisheriger Höhe und die Finanzlage der Organisation stabil bleibt, dann ist das sicher als ein gewerkschaftlicher Erfolg zu werten.

Die Bemühungen des Verbandes, um durch Staatsaufträge dem Uebel einigermaßen abzuhelfen, sind kaum noch zu registrieren, und dennoch ist der Erfolg nicht allzu groß. Ganz kraß liegen die Zustände in der Pflasterstein- und Schotterindustrie und in Verbindung damit im Straßenbau. Daher ist es nur zu natürlich, daß die Kollegen der Einfuhr von fertigen Steinwaren ein viel größeres Interesse zuwenden als sonst in besseren Zeiten.

Von unseren Widersachern im Unternehmer- und Arbeiterlager (christlich) wird diese Situation weidlich ausgenutzt, um die Schutzzollfragen in ihrem, uns entgegengesetzten Sinne zu „klären“, allerdings ohne Erfolg. Es gibt noch andere Mittel, um die heimische Industrie zu schützen und dafür zu sorgen, daß die Arbeitslosen wieder in den Produktionsprozeß eingereiht werden können, als Schutzzölle.

Unsere Kollegen im Ausland werden es angesichts dieser Sachlage verstehen, wenn wir in diesem Bericht von konkreten Darlegungen Abstand nehmen. Wenn die Arbeitslage momentan auch noch sehr schlecht und die Aussicht nicht viel besser ist, dennoch werden unsere Verbandsmitglieder durchaus nicht verzagen. Gestützt auf die eigene Organisation im Rahmen der übrigen Gewerkschaften, wird auch diese Periode überwunden, die reich ist an Angriffen der politischen und wirtschaftlichen Reaktion auf den Lebensstandard der Arbeiter.

Holland (Steinsetzer). Am 21. April fand in Utrecht der Verbandstag statt. Den Berichten entnehmen wir folgendes:

Die Zahl der Ortsgruppen beträgt 52, Mitgliederzahl über 1100 (elfhundert). Die Mitgliederzahl hat sich seit 1927 verdoppelt. Bemerkenswert ist der Ausbau der Sozialversicherungen. Nebst Unfall, Invalidität, Krankheit und Arbeitslosigkeit werden Ferien mit Lohnzuschlägen bezahlt, auch nach gewissen Dienstjahren Pensionen von 25 bis 40 fl. Wochenlöhne von 50 fl. sind keine Seltenheit mehr.

Im vergangenen Jahre wurden 5 Aktionen geführt, darunter der 4 1/2 Monate dauernde Streik von Rotterdam, der mit Lohnerhöhungen von 10 bis 15 fl. abschloß.

Es wird ebenfalls noch festgestellt, daß besonders bei Arbeiten, allwo die Behörden als Auftraggeber maßgebend sind, der Bau mit Natursteinen einen wichtigen, wenn nicht überragenden Platz einnimmt. Sodann wird darauf hingewiesen, wie notwendig eine Fusion aller Wegebauorganisationen zu einem Verband wäre. Ein Teil gehört dem Bauarbeiterverband an, ein anderer Teil der Föderation des Personals der Staats- und Gemeindearbeiter. Der Verbandstag nahm auch zu all diesen Punkten Stellung, so beschloß er, in Sachen der Lohnverhältnisse Normen aufzusetzen, welche sowohl für die Mindeststundenlöhne im allgemeinen zu beachten sind, als auch die Tarifansätze für die Pflasterer. Die Arbeitslosenunterstützung wurde weiter ausgebaut und wird künftig pro Tag 2,50 fl. für die Dauer von 5 Tagen im Jahre entrichtet. Die Verbandsbeiträge wurden um 5 Cent pro Woche erhöht und ein zweiter Angestellter eingestellt.

Belgien. Aus der Bilanz vom Jahre 1929 entnehmen wir folgende Posten: Einnahmen 2 536 003,30 Fr. und Ausgaben 1 750 722,50 Fr., Ueberschuß somit 785 280,80 Fr. In Kassa am 1. Januar 1930 = 1 814 498,36 Fr. Ueberdies haben wir noch ein Guthaben von 907 680,03 Fr. bei der staatlichen Arbeitslosensubvention. Die Sektionen haben 1 148 573,46 Fr. in Kasse. Das Gesamtvermögen des Verbandes beträgt somit 3 870 751,85 Fr.

Am 10. April haben wir eines der tätigsten Mitglieder unseres Landesvorstandes verloren, Kollegen Oskar Duart in Soignies. Ununterbrochen seit 30 Jahren hat er mit allen seinen Kräften für seine Arbeitskollegen in Soignies gekämpft. Der Index ist in letzter Zeit rapid gefallen, am 15. Dezember 1929 war er noch 8,97, am 30. Mai nur 8,66.

Der Streik der Weißsteinhauer in Brüssel konnte nach zweimonatiger Dauer beendet werden; außer einer Lohnerhöhung von 8 Prozent wird nunmehr seitens der Unternehmen noch eine Zuschlagsprämie von 5 Fr. per Woche entrichtet. Diese Entlohnungen gelten bis 1. März 1931.

Der Streik in Dave konnte nach sechsmonatiger Dauer abgeschlossen werden, und zwar mit voller Anerkennung der Forderungen der Streikenden.

In Blase und Jeumont wurde die Arbeit nach dreijährigem Streik wieder aufgenommen mit Lohnerhöhungen und Entlassung der Vorarbeiter.

In Basècles haben die Marmorarbeiter eine Lohnerhöhung von 25 Cent pro Stunde, die Poliseure eine solche von 15 Cent ohne Streik erreicht.

In der Kalkindustrie besteht eine Krise und wird befürchtet, daß diese sich auch auf die Steinindustrie übertragen werde.

Innerhalb zweier Jahre ist der Index um 7 Prozent gestiegen, während die Löhne der Steinbrucharbeiter um 50 Prozent sich erhöhten. Mit dem fallenden Index ist eine Offensive der Unternehmer gegen die Löhne zu befürchten.

Schweiz. Die Arbeitsgelegenheit war im zweiten Quartal ungefähr gleich wie im Vorjahr, also eigentlich eine gute; jedoch war der Zustrom von ausländischen Arbeitskräften ein dermaßen großer, daß, wenn nicht die Behörden diese Einwanderung überwacht hätten, es zu Katastrophen gekommen wäre. Auf Grund dieser zahlreichen Emigranten setzte sogar mitunter Arbeitslosigkeit in diesem Quartal ein, etwas, von dem man in der Schweiz schon lange nichts mehr wußte.

Im zweiten Quartal mußte unser Verband, gegenüber dem gewerkschaftsschädigenden Vorgehen der Kommunisten, Sanierungen in verschiedenen Sektionen durchzwingen. Von den Steinarbeitern kam einzig Basel in Betracht, das sich den Anordnungen nicht fügte. Die Sektion mußte aufgelöst werden und bedauerlicherweise mußte auch die Lohnbewegung abgebrochen werden, obschon sie im besten Fahrwasser war.

Von den vielen eingereisten Pflasterern aus Deutschland haben sich bis heute ganz wenige einzelne, beim Verband gemeldet, die andern kümmern sich nicht mehr um die Organisation. Bewegungen waren einige: in St. Margrethen handelte es sich um Abschaffung von Akkord; in Kreuzlingen um willkürliche Lohnreduktionen; in Bern um die Ferien, die auch durchgezwungen wurden; in der Muschelkalkbranche erreichten wir Lohnerhöhungen.

Bei den Pflasterern in Bern wird für einen neuen Arbeitsvertrag verhandelt, der voraussichtlich zu einem Landesvertrag führen dürfte.

Die Aussichten für den Winter sind speziell in der Baubranche keine guten und rechnen wir wieder mit einer großen Arbeitslosigkeit.

Vom Kampf um Lohn und Arbeitsbedingungen

Gesperert:
3. Gau: In Nossen (Sa.) das Grabmal- und Kunststeinwerk von Achilles wegen Maßregelung. Steinmehlen und Bildhauer meiden die Firma.
11. Gau: In Cursbed-Neuengamme ist die Firma Gustav Jans (Straßenbau) nach wie vor gesperrt; sie zahlt nicht nach Tarif.

Arbeiterkundschaft oder Baron-Vieferant? Am 1. Mai 1929 unternahm die Steinarbeiter von Oberaula einen Ausflug nach Ziegenhain zur Maifeier und mieteten hierzu das Lastauto des Gastwirts und Metzgers Nik. Ort in Oberaula. Dies paßte wohl dem Herrn Baron von Dörnberg aus Hausen nicht in den Kram (der Baron ist nämlich Abnehmer bei Herrn Ort in Wurst- und Fleischwaren) und er kündigte Ort, falls er nochmals die Arbeiter fahren würde, die Kundschaft. Am 27. Juli d. J. wollten nun die Steinarbeiter nach Groß-Ropperhausen zum Gewerkschaftsfest und fragten deshalb wieder bei Ort an, ob er sie wieder mit seinem Wagen (natürlich gegen Bezahlung) hinfahren wollte. Ort sprach nicht ab, sprach aber auch nicht zu, so daß der Vorsitzende der dortigen Zahlstelle des Steinarbeiter-Verbandes gezwungen war, mehrere Male vorstellig zu werden. Noch am Freitag, dem 25. Juli, sprach Ort nicht zu, sondern telephonierte am Sonnabendmorgen, dem 26. Juli, in dem Betrieb den Vorsitzenden an, daß er nicht fahren könnte. Hat Ort vielleicht vorher bei dem Herrn Baron nochmals um Genehmigung nachgehakt? Ist ihm die Kundschaft des Herrn Barons lieber als die Masse der Arbeiterkundschaft? So gut wie nun die Arbeiter nach Ropperhausen von einem anderen Autobesitzer gefahren sind, könnten sie ja auch für die Zukunft bestrebt sein, ihre Getränke sowie Fleisch- und Wurstwaren ebenfalls von jemand anderem zu beziehen. Was würde der Gastwirt und Metzger Herr Ort wohl dazu sagen? — Es ist hier angebracht, ein Vorbild zu nehmen an dem Herrn Baron von Baumbach. Dieser weihte gerade in bester Stimmung unter den Steinarbeitern am Festplatz in Groß-Ropperhausen, ebenso der Pfarrer von Ropperhausen.

Bekanntmachungen aus den Zahlstellen Bezirken und Gauen

Versammlungen:
Am 31. August in Rawaldau (Zahlstelle Grünberg) um 9 Uhr bei Walter; der Gauleiter hat zugesagt.
In Bernburg um 9 Uhr im Gewerkschaftshaus, Bezirksversammlung der Steinsehergruppe (Tarifpolitik, Gesellenausschüsse).

Hemsbach-Odenwaldbezirk. Den durchreisenden Kollegen zur Kenntnis, daß Erwerbslosen- bzw. Reiseunterstützung, auch der örtliche Reiseunterstützungsausschuß, nicht durch die Bezirksleitung in Hemsbach, sondern direkt durch die Zahlstellenleiter der dem Bezirk angeschlossenen Zahlstellen ausbezahlt wird. Namen und Wohnung der Zahlstellenleiter:

- Heppenheim: Friedolin Moosmüller I, Pariser Gäßchen.
- Hemsbach: Sebastian Haginger, Landstraße.
- Kirchhausen: Johann Moser.
- Rimbach: Wenzel Dörfler in Mitlechtern i. O.
- Weinheim: Philipp Allert in Rimbach i. O.
- Bensheim: Franz Tremel, Hammertstraße 51.
- Reichenbach i. O.: Ludwig Bernhardt II, Felsbergstraße 28.
- Lindenberg: Johann Röber, Burgstraße.
- Zwingenberg: Peter Rindinger I in Hähnlein bei Zwingenberg.

Die Zahlstellenleitungen und Platzvertrauensleute werden gebeten, dem Unterzeichneten die Adresse von Franz Andreas Ulrich, geb. am 6. Mai 1905 in Heppenheim a. d. B., bekanntzugeben. Es handelt sich um eine äußerst wichtige Sache. Fr. Weidenhammer, Bezirksleiter in Hemsbach a. d. B., Baden.

3. Gau, Dresden. Der Gauleiter, Kollege Willi Mühl, ist von seiner Krankheit erfreulicherweise soweit wiederhergestellt, daß er ab 18. August seine Tätigkeit wieder aufnehmen konnte.

Verlorene Mitgliedsausweise: In Lutter das Verbandsbuch Nr. 75 041 für Fritz Pramann, Hilfsarbeiter, und Nr. 26 713 für Ernst Lehmann, Steinbrecher. In Tröstau Nr. 53 007 für Joh. Bauer, Steinmehlen. In Bernburg Nr. 15 654 für Friedr. Weichelt, Moßschläger. In Königsbrunn Nr. 98 786 für Emil Leuthold, Hilfsarbeiter. In Steinau i. Hessen Nr. 59 772 für Heinrich Simon, Hilfsarbeiter, und Nr. 59 716 für Georg Faust, Bohrer. In Dietesheim Nr. 63 274 für Kaspar Joseph Widard, Moßschläger. In Ettringen Nr. 35 130 für Joh. Stolzenberg I, Steinhauer.

Eigershausen. Am 6. September um 19 Uhr begeht unsere Zahlstelle ihr 25. Stiftungsfest. Am 1. September 1905 als Zahlstelle des Bergarbeiterverbandes gegründet, mußte sie sich im Jahre 1912 dem Steinarbeiterverband anschließen. Schwere Kämpfe, die Maßregelungen zur Folge hatten, erschütterten weder die Zahlstelle noch die betroffenen Kollegen. Immer besser wurde von den Kollegen eingesehen, wie wichtig es ist, einer Organisation anzugehören, und die Zahlstelle konnte sich unter der guten Leitung des langjährigen Vorsitzenden H. Peter nebst dem Kassierer Georg Schwarz immer mehr festigen und so der Zukunft gerüstet entgegengehen. Die schlechte Wirtschaftslage hat leider zur Folge, daß in unserer Zahlstelle 50 Prozent der Kollegen arbeitslos sind. Deshalb wird von einer größeren Feier Abstand genommen, nur im engeren Kreise der Kollegen nebst Angehörigen werden wir das 25-jährige Bestehen würdigen. Die Kollegen der Nachbarzahlstellen sind dennoch zu dieser Feier herzlich eingeladen, sie findet im Lokal Bernhard Reuting statt.

Kundschau

Das in den deutschen Landstrichen stehende Anlagekapital. Das Geld liegt zwar nur ganz vereinzelt, wie die Erfahrung lehrt, — auf der Straße, dagegen stehen sehr hohe Werte in den Straßen. Der Anlagewert der deutschen Straßenverkehrswirtschaft wird nämlich von sachverständiger Seite wie folgt veranschlagt:

	Anlagenwert, gemessen an den Reproduktionskosten	Durch Abnutzung, Witterungseinflüsse ist der Anlagewert schätzungsweise entwertet auf
Staats- u. Provinzialstraßen	4,30 Milliarden	} 11 Milliarden
Kreis- u. Gemeinde- u. Ueberlandstraßen	5,90 „	
Stadtstraßen	4,10 „	
	14,30 Milliarden	11 Milliarden

Von dem Anlagewert entfallen etwa 2/3 auf den Unterbau, auf Brücken und dergleichen, 1/3 auf Deckenbefestigungen. Zum Vergleich sei angeführt, daß das Anlagekapital der Reichsbahn auf 25,6 Milliarden angeätzt wird.

Die 36-Stunden-Woche als Lösungswort des klugen Wirtschafters! (F. G. B.) Wenn aus dem Lager der Unternehmer Argumente zugunsten der weiteren Verkürzung der Arbeitszeit laut werden, dann stammen sie gewöhnlich aus den Vereinigten Staaten, dem Land, das von unsentimentalen und draufgängerischen Arbeitgebern zum wirtschaftlichen Mittelpunkt der Welt gemacht wurde. Es sind keine sozial-ethischen Argumente, sondern sachliche Schlussfolgerungen kluger Geschäftsleute. Es ist die einfache Erwägung: Was soll aus uns und unserer Wirtschaft werden, wenn die Produktionsfähigkeiten jeden Tag zu- und die Abzähmlichkeiten jeden Tag abnehmen?

Auch der europäische Geschäftsmann und Industrielle kann sich auf die Dauer dieser Forderung nicht verschließen. Dafür sorgt das schlechte Geschäft besser als alle wirtschaftspolitische Weisheit. Deshalb sagt ein deutsch-böhmischer Großindustrieller zum Entzweien seiner hinter dem Mond wohnenden Klassengenossen: „Es ist notwendig, die Arbeitsverteilung der Volksgemeinschaft der Werkzeuge anzupassen. Die Arbeitszeit der in den Industrien gegen Entlohnung Arbeitenden ist grundsätzlich von 48 auf 36 Stunden per Woche herabzusetzen. Die unmittelbaren Folgen sind klar: Ein Großteil der Arbeitslosen, die in ihrer Gesamtheit die Wirtschaft unproduktiv belasten, wird ausgeglichen. Ueberdies aber wird bei allen Arbeitenden neue Mühe geschaffen, die erfahrungsgemäß neue Bedürfnisse und neue Arbeitsmöglichkeiten schafft. So hat z. B. die Einführung des Weekend in Amerika und England den Absatz der Automobilindustrie in diesen Ländern unverhältnismäßig gestärkt.“

Die Argumente gegen die Kürzung der Arbeitszeit sind alle durch die Erfahrungen beim Uebergang zum Achtstundentag längst widerlegt worden. Keine der prophezeiten Katastrophen ist eingetreten! Im Gegenteil, die Entwicklung zu einem höheren Standard hat für mich eingeleitet und das Tempo ist so angeschwollen, daß der Achtstundentag heute bereits überholt ist, was in der gegenwärtigen Krise Ausdruck findet. Dem Einwand, daß nicht alle Industrien einen getragenen Arbeitstag ermöglichen (z. B. die Landwirtschaft), ist praktisch schon der Achtstundentag begegnet: selbstverständlich ist im einzelnen die Ueberschreitung möglich, doch müssen für den Arbeitenden solche eventuell nur subjektive Kompensationen bestehen, die eine Beschäftigung in einem dieser Produktionszweige wünschenswert erscheinen lassen.

Die Bekämpfung der wirtschaftlichen Krise, die sich für Millionen von Menschen unverhüllt als Not am Unrentbepflichten äußert, ist als technisch-organisatorisches Problem betrachtet, durchaus nicht unlösbar. Die moderne Technik ist mit sachlich schwierigeren Dingen fertig geworden, als Menschen, die arbeiten wollen, ausreichend mit Gütern zu versehen, die in praktischer unbegrenzter Menge herzustellen sind!

Wieder ein neues Naturfreundheim! Der Touristenverein „Die Naturfreunde“, der auf dem Gebiete der Ferienkultur bahnbrechend vorangegangen ist — über 400 eigene Ferien- und Wanderheime, davon in Deutschland 260, zeugen davon — hat am 29. Juni ein neues großes Ferienheim eröffnet. Auf dem 29 Quadratkilometer großen Gelände der Ortsgruppe Berlin e. V. am Uebersee bei Eberswalde ist durch tatkräftige Mitarbeit sowie finanzielle Hilfe ein 34 Meter langer dreistöckiger Bau entstanden, der dazu bestimmt ist, dem organisierten Arbeiter in seiner Freizeit Ruhe und Erholung zu bieten. Das Haus ist mit allen modernen Einrichtungen ausgestattet (elektrisches Licht, Zentralheizung, Brause- und Waschräume mit fließendem warmen und kaltem Wasser). 6 Zimmer für 2 Betten, 8 Zimmer für 3 Betten, 6 Zimmer für 4 Betten sowie 6 größere Schlafräume bieten Platz für 100 Personen. Landschaftlich reizvoll gelegen, ist das Heim zu erreichen ab Berlin-Stettiner Fernbahnhof bis Eberswalde, anschließend Postauto oder Kleinbahn bis Finowfurt. Dann in 1/2 bis 3/4 Stunde zu Fuß zum Heim. Preise im Ferienheim (Zimmer zu 2 bis 4 Personen) pro Tag und Person: Mitglieder 0,80 Mark, volle Pension 3,50 Mark, Gewerkschafts-, Parteimitglieder und Arbeiterportier 1,10 Mark, resp. 3,80 Mark, Nichtorganisierte 1,50 Mark, resp. 4,50 Mark. Besondere Küche für Selbstkochen vorhanden. Bettwäsche wird geliefert. Ausweis nicht vergessen. Anmeldungen mit genauen Angaben an Richard Bowitz, Naturfreundehaus Uebersee, Finowfurt bei Eberswalde (Mark). Auskunft in der Geschäftsstelle: Berlin N 24, Johannistr. 14, 15 Telephon Norden 4177).

Adressenänderungen

- 3. Gau: Leipzig I. Kass.: F. Wagner, Bayrische Str. 107, p. b. Horn.
- 5. Gau: Düren. Vors.: Richard Fleuch, Zülpicher Straße, Gartenhaus, hinter Althoven. Kass.: Walter Fleuch, Freiheitsstraße 21. — Bochum. Kass.: Paul Schöler, Oskar-Hoffmann-Straße 27. — Köln. Kass.: Heinrich Reuter, Beledastraße 9.
- 9. Gau: Bach (Westerm.), Post Marienberg. Vors.: Hugo Neeb, Stodhausen-Markt, Post Marienberg (Westerm.). Kass.: Emil Steup.

Bekanntmachungen des Vorstandes

Betr. Invalidenunterstützung. In Nummer 31 des „Steinarbeiters“ wurden die Satzungen über die am 1. Oktober in Kraft tretende Verbands-Invalidenunterstützung bekanntgegeben. Für die nächsten Verwaltungsarbeiten für diesen neuen Unterstützungsweig bitten wir folgendes unbedingt zu beachten:

1. Im Laufe dieser Woche werden die Anmeldefomulare zur Invalidenunterstützung an die Zahlstellen versandt.
2. Die Einbindung der ausgefüllten Anmeldefomulare mit Mitgliedsbuch und Rentenbescheid kann ab 1. September erfolgen.
3. Alle Anmeldungen sind nur durch die Ortsverwaltungen vorzunehmen, weil auch die Auszahlungen durch die Ortsverwaltungen erledigt werden.
4. Aus Zahlstellen, in denen mehrere Anmeldungen in Frage kommen, sind die Meldungen möglichst zusammen einzufenden.
5. Mitgliedsbücher, die keine 520 vollen Beitragsmarken aufweisen, scheiden von der Einbindung und Anmeldung natürlich von vornherein aus.

Bis zum 18. August haben folgende Zahlstellen noch keine Abrechnung vom 2. Quartal eingeleitet:

1. Gau: Friedeberg, Wangerin, Zielenzig.
2. Gau: Biadaczow, Mauer, Croßen.
3. Gau: Zöblich.
4. Gau: Flechtlingen, Heberndorf, Hörfingen.
5. Gau: Bortrop, Hattingen.
6. Gau: Ubersweifer, Derdingen, Eberbach (Baden), Speyer.
7. Gau: Amberg, Hochwegen, Paiten.
8. Gau: Maroldsweisach, Obereschenbach, Roth (Rhön).
9. Gau: Homberg (Westerm.), Roth (Dillkreis).
11. Gau: Demmin, Horstmar, Jbbendüren, Uelzen.

Anzeigen

Berlin

Betrifft Invalidenunterstützung. Alle Kollegen, die Anspruch auf Auszahlung der Invalidenunterstützung haben, werden hierdurch ersucht, ihre Mitgliedsbücher und Rentenbescheide in der Woche vom 25. bis 30. August im Büro abzugeben. Das Datum der ersten Auszahlung wird an dieser Stelle noch bekanntgegeben.
Die Ortsverwaltung, I. A.: Otto Martens.

Spandau

Unsere Mitgliederversammlung findet nicht am 8. September, sondern am 1. September um 19.30 Uhr bei W. Höpfer, Spandau, Pichelsdorfer Str. 5, statt.
Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben. — Es ist Pflicht jedes Kollegen, zu dieser Versammlung zu erscheinen. — Ebenso wird rege Beteiligung zu dem am 7. September stattfindenden Gewerkschaftsfest in Loebels Festsälen erwartet.
Die Ortsverwaltung, I. A.: P. Baum.

Pflasterhämmer

aus bestem Schweisstahl, **Rammen, Brechstangen** und sämtliche Werkzeuge für den Straßenbau liefert auch nach auswärts
Otto Teske, Berlin N 31
Brunnenstraße 82

Den bekannt guten u. bestbewährten handgearbeit. Steinbruchschuh, **14.75** Realste Beheifer. Hochw. Qualit.
Verlangen Sie Preisliste **Herm. Weibers** Berufsschuhwerk **Bad Godesberg**



Sparkasse der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten A.-G.

Spareinlagen von 1 RM an werden entgegengenommen in der Zentrale Berlin, Postscheckkonto Berlin 3698, in den Filialen Bremen, Postscheckkonto Bremen 532 84, Breslau, Postscheckkonto Breslau 414, Dresden, Postscheckkonto Dresden 21002, Frankfurt a. M., Postscheckkonto Frankfurt a. M. 426 79, Hamburg, Postscheckkonto Hamburg 325 39, sowie in den Ortsausschüssen des ADGB

Steinarbeiterhosen aus III-Drahtleder mit 12er Schuß u. Ledertaschen 15.— Mk., aus II-Drahtleder 9.— und 6.50 Mk., **Mauersocken** 1.20 Mk.

Echt Lindner-Manchesterhosen Qual. I 17.—, II 15.—, III 11.— Mk. vers. n. Maß b. Bestellung von 20 Mk. frei Haus, Preisliste u. Muster gratis. **Emil Hohfeldt, Dresden 6, Ritterstr. 2**

Gestorben

(Todesfälle, die bei der Meldung über 1 Monat zurückliegen, werden infolge ihrer späten Meldung an dieser Stelle nicht veröffentlicht. Redaktion.)

- In Mauer am 21. Juli der Brecher Ernst Raupach, 31 Jahre alt, 2 Wochen krank, Unglücksfall.
- In Häsllich i. Sa. am 31. Juli der Pflastersteinmacher Erwin Rehd, 34 Jahre alt, tödlicher Unfall.
- In Mühlbach i. Baden am 6. August der Sandsteinmetz Otto Friedrich, 41 Jahre alt, 5 Tage krank, Schlaganfall.
- In Hockenu am 6. August der Brecher Bruno Winkler, 48 Jahre alt, 9 Monate krank, Staublunge mit Tuberkulose.
- In Bayreuth am 7. August der Steinmetz Hans Braun, 44 Jahre alt, 8 Wochen krank, Gallensteinleiden.
- In Schwerin am 11. August der Steinschläger Paul Schmidt, 65 Jahre alt, 10 Monate krank, Magenkrebs.
- In Ochsenfurt (Bez. Würzburg) am 11. August der Sandsteinmetz Anton Wöber, 54 Jahre alt, 2 1/2 Jahre krank, Lungen- und Darmtuberkulose.

EHRE IHREM ANDENKEN

Verantwortliche Schriftleitung: Hermann Siebold; Verlag Ernst Winkler, beide in Leipzig.
Druck: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig.

Die Geschichte der Straße u. ihrer Arbeiter
Von Alex. Knoll, Band I, II, III, Preis 10 Mk., für Verbandsmitglieder 8 Mk.
Der alten Steinmetzen Recht u. Gewohnheiten
Von Rud. Wissel, Preis 2.50 Mk., für Verbandsmitglieder 1.50 Mk. Zu beziehen vom „Steinarbeiter“-Verlag, Leipzig.

LINDCAR setzt auch Nähmaschinen!

LINDCAR-FAHRRADWERK AKTIENGESELLSCHAFT
BERLIN-LICHTENRADE

Unternehmen der freien Gewerkschaften
Lindcar-Fahrräder und Lindcar-Nähmaschinen gegen kleinste Wochenraten, durch das Werk, unsere Niederlagen und alle Ortsausschüsse des A.D.G.B.

Die Gewerkschaftsbewegung als Kampfobjekt

Natürliche und unnatürliche Gegner / Von Alexander Knoll

V. (Schluß)

Fassen wir zusammen. Die Gewerkschaften haben in den ersten Jahrzehnten ihres Bestehens bis unmittelbar vor Ausbruch des Weltkrieges hart um ihr Dasein zu kämpfen gehabt.

Das alles hat die Gewerkschaftsbewegung nicht aufzuhalten vermocht. Langsam zwar, aber sicher, wuchs sie zur Millionenbewegung, zur Massenbewegung heran.

Das Unternehmertum, von Anfang an heillos und mißtrauisch, wandte rücksichtslos und brutal seine wirtschaftliche Ueberlegenheit, oftmals im engsten Zusammenarbeiten mit Polizei und Behörden, an, um die Gewerkschaftsbewegung nicht in die Höhe kommen zu lassen.

Als auch nach dieser Seite hin sind die Gewerkschaften bis heute im erfolgreichen Vormarsch geblieben.

Im gegenwärtigen Stadium! — sagten wir, haben die Gewerkschaften unmittelbare Angriffe auf ihr Daseinsrecht nicht mehr zu befürchten. Wir haben diese Einschränkung mit Vorbedacht gemacht.

Die Katastrophenpolitik Schieles

Der rührigste der gegenwärtigen Reichsminister ist zweifellos der Reichsernährungsminister Schiele. Mit einem außergewöhnlichen Eifer hat er die agrarischen Interessen in den Vordergrund zu schieben verstanden.

Das stärkste Stück wurde aber geleistet durch die neueingeschlagene Zollpolitik der Regierung. Man versuchte durch Umgehung des Meißbegünstigungsrechtes den höheren Zollschutz für Butter, Käse usw. sofort herbeizuführen.

Holland rüftet zum Kampf gegen deutsche Waren! Deutsche, haltet zusammen! Vergeßt Gleiches mit Gleichem!

Wunderbare Schlagzeilen fürwahr! Aber sie verraten wenig Einsicht für die Gesamtwirtschaft, sondern den nackten Standpunkt der Schutzgöllner bei den Schlotbaronen und den Großagariern.

„Was die Kommunisten selbst betrifft, so haben sie in bestimmten Grenzen für das staatspolitische Leben eine nützliche Funktion. Die Frage ist nur, ob diese Grenzen bereits erreicht oder gar überschritten worden sind.“

Dieses Lob eines ausgesprochenen Unternehmerorgans ist wohl das schimpflichste, was jemals über eine Partei geschrieben worden ist — und geschrieben werden kann —, die vorgibt, eine Arbeiterpartei zu sein.

Es ist also nicht zu bestreiten, daß die Arbeiterbewegung auf ihrem Vormarsch zum sozialistischen Endziel durch die kommunistische Quertreiberi erheblich aufgehalten worden ist.

Wenn es trotzdem noch immer vorwärts gegangen ist, dann zeugt das von einer so urwüchsigen und urgesunden Kraft des Gewerkschaftsgedankens, daß man auch für seine Zukunft nicht zu bangen braucht.

„Ihr hemmt uns, doch ihr zwingt uns nicht!“

Es werden Zeiten kommen, wo man von der kommunistischen Bewegung nur noch sprechen wird als von einer Welle geistiger Irrung und Wirrung in der Arbeiterklasse. Denn diese Bewegung ist in ihrem tiefsten Wesen unwahr und ungesund.

Allen Gewalten zum Trotz sich erhalten!

Der Arbeitslohn in der Volkswirtschaft

Zu keiner Zeit hat die Frage des Arbeitslohnes in der Wirtschaft eine solche große Rolle gespielt wie gegenwärtig. Die Löhne haben bekanntlich eine doppelte Funktion. Sie werden auf der einen Seite als Unkosten gewertet und sind auf der anderen Seite als wichtiger Bestandteil der Kaufkraft des Inlandsmarktes anzusehen.

„Betrachtet man die Lohngestaltung allein in ihrer Wirkung auf die Kaufkraft, so ist unweifelhaft, daß eine Senkung der Löhne die Kaufkraft des Binnenmarktes beeinträchtigen, eine Erhöhung der Löhne dem Konsumgüterabsatz neue Anregung geben würde.“

Diese Anschauungen der halbamtlichen Stelle bestätigen vollkommen die Ansicht der Gewerkschaften über die Lohnveränderungen auf die Kaufkraft des Binnenmarktes. Wie hier festgestellt wird, trifft jede Einschränkung der Lohnsumme vor allem die Verbrauchsgüterindustrien und somit die Volkswirtschaft im allgemeinen.

„Eine grandiose Sinnlosigkeit“

In der Handelszeitung des „B. L.“ untersucht der bekannte Wirtschaftspolitiker Dr. Felix Pinner das Problem der sinkenden Preise. Er kommt in diesem Artikel zu bemerkenswerten Feststellungen. U. a. zu der, daß der jährlich eintretenden Steigerung der Weltproduktion um etwa 3 v. H. kein entsprechendes Wachstum der Goldvorräte gegenübergestellt werden kann.

„Eine Rationalisierung so großen Stils, mit so gewaltigem Kapitalaufwand erkauft wie diejenige des letzten Jahrzehnts, kann ihren Sinn nicht darin finden, ihre Kraft nicht darin erschöpfen, durch Kostenaufklärung kompensiert und wirkungslos gemacht zu werden.“

Dieser Meinung des bürgerlichen Wirtschaftspolitikers kann man vollinhaltlich zustimmen. Es ist in der Tat eine große Sinnlosigkeit, auf der einen Seite große technische Fortschritte zu feiern, die lediglich den Zweck haben sollen, Menschen in der Produktion überflüssig zu machen, anstatt der Menschheit zu dienen und ihren Reichtum zu fördern.

Lohnsenkung — das verfehlte Mittel gegen Arbeitslosigkeit

Welche Vorteile hat man nicht alle von der Senkung der Nominallöhne erwartet? Vor allem glaubte man, die Arbeitslosigkeit durch Herabsetzung der Löhne der in Arbeitstehenden beseitigen zu können.



Kollegen! Lest eure Verbandszeitung und gebt gelesene „Steinarbeiter“ an unorganisierte Steinarbeiter, Steinbildhauer, Steinsetzer, Rammer und Hilfsarbeiter weiter. Die Werbearbeit für den Verband darf nie stocken oder gar erlahmen!

Auch der genialste Mann wurde von einer Mutter geboren, der er oft das Beste, was er besitzt, verdankt. Mit welchem Rechte will man also der Frau die Gleichberechtigung mit dem Manne verweigern?

Unterhaltungsbrocken

Man sollte alle Tage wenigstens ein kleines Lied hören, ein gutes Gedicht lesen, ein treffliches Gemälde sehen und, wenn es möglich zu machen wäre, einige vernünftige Worte sprechen.

Nichts lockert mehr der Neigung zarte Bande als Sorgen um des Lebens Unterhalt

Die Tagelöhnerin

Sie führt die Sense und den Pflug, ist tätig gleich in Saat und Ernte. Ihr Herz, das Angst und Sorge trug, wohl auch das Beten längst verlernte.

Man sieht in ihrem Angesicht das Weh von fünfzehn Witwenjahren, und keine Falte, die nicht spricht: „Ich hab des Lebens Zucht erfahren!“

Was sie im Tagelohn erstritt, gab für die Kinder schmale Bissen, sie aber hungerte und litt in Mutterstolz und Kimmernissen.

Sie müht sich ab mit Hoffnungsmut. — O daß ihr Wirken Segen fände! — Und trägt des Lebens schönstes Gut: Ein weiches Herz und harte Hände.

Otto Krille („Aus engen Gassen“).

Die ersten Eisenbahnen

Eine kulturhistorische Betrachtung von Rolf C. Reiner.

Heinrich Heine sagt: „... die Eisenbahnen sind wieder ein solches Ereignis, das der Menschheit einen neuen Aufschwung gibt, das die Farbe und Gestalt des Lebens verändert. Es beginnt ein neuer Abschnitt in der Weltgeschichte, und unsere Generation darf sich rühmen, daß sie dabei gewesen ist.“ Lange hatte es gedauert, bis diese Erkenntnis sich durchgesetzt und Allgemeingeltung gewonnen hatte, denn wohl keiner anderen Erfindung mit annähernd gleichem, epochalem Charakter ist man mit so viel Mißtrauen und Feindschaft entgegengetreten, wie eben der Eisenbahn.

George Stephenson (1781—1848), den man als den eigentlichen Hauptbegründer des Eisenbahnwesens ansprechen kann, obgleich er zahllose Vorläufer hatte, begann seine glänzende Laufbahn als einfacher Dampfmaschinenwärter, dem es nach langjährigen Versuchen auf Grund seiner eminenten Fachkenntnisse 1814 endlich gelang, die erste, „Mylor“ genannte Lokomotive, die allen Ansprüchen zu genügen schien, zu konstruieren. Damit war aber freilich das Problem noch nicht annähernd gelöst, denn in den verschiedenen Entwicklungsstadien, welche schließlich zur Schaffung der Eisenbahn führten, spielte auch die Schiene eine ganz bedeutende Rolle. An und für sich ging die Erfindung der Schienen zeitlich der Konstruktion von Lokomotiven weit voraus: kannte man doch schon von den alten römischen Heerstraßen die festen, eingemauerten Einschnitte, durch die nicht zuletzt der erstaunlich schnelle Wagenverkehr in der Antike ermöglicht wurde. Auch Holzschienen waren aus dem früheren Mittelalter her bekannt. Eiserne Schienen dagegen sind erst zum Anfang des 19. Jahrhunderts in englischen Bergwerken nachweisbar; sie dienten dazu, beim Abtransport der Kohle den Zugtieren die Arbeit zu erleichtern. Obgleich nun die Ingenieure in langen Ausführungen nachzuweisen suchten, daß eine Lokomotive sich unmöglich auf Schienen von der Stelle bewegen könne und daß ihre Räder sich immer nur um sich selber drehen könnten, ergaben die Versuche, die Stephenson in den Jahren 1814 bis 1820 zwecks Verbesserung der Schienen anstellte, derart ausgezeichnete Ergebnisse, daß man sich 1821 endlich dazu entschloß, eine größere Eisenbahnlinie zu bauen. Im folgenden Jahre begann man dann auch mit dem Bau der Strecke von Stockton bis Darlington. Der erste Zug, der am 27. September 1825 von Darlington kommend unter dem unbeschreiblichen Jubel einer großen Zuschauermenge in Stockton eintraf, bestand aus 21 Wagen und beförderte in 9 Wagen 600 Passagiere, in den anderen 12 Waggons Kohle und Mehl. „Auf ein gegebenes Zeichen“, berichtet eine zeitgenössische Zeitung, „legte sich die Maschine mit dieser ungeheuren Anzahl von Wagen in Bewegung, und ihre Schnelligkeit war derart groß, daß sie an einzelnen Stellen 12 Meilen (das sind fast 20 Kilometer) in der Stunde zurücklegte. Der Zug führte gegen 600 Reisende mit sich. Die Ankunft in Stockton rief einen nicht endenwollenden Jubel hervor. „Von dem überwiegenden Teil des englischen Volkes aber wurde die neue Erfindung freilich nicht mit Jubel, sondern vielmehr mit größtem Mißtrauen, fast kann man sagen Haß, als „Werk des Teufels“ aufgenommen. Geistliche predigten von der Kanzel herab gegen das „neumodische Unglück“, Ärzte warnten vor den gesundheitlichen Schäden und ganz allgemein erwartete man von der Einführung des neuen Verkehrsmittels die schrecklichsten Folgen. „Der vorüberfahrende Zug würde die Röhre beim Weiden zu Tode erschrecken, so daß sie kein Heu mehr fressen würden“, und „die Hühner würden keine Eier mehr legen, die durch den Rauch vergiftete Luft würde die Vögel töten; die Häuser der in der Nähe wohnenden Menschen würden durch das Feuer, das dieses Ungetüm ausstrahlte, in Brand geraten; die Reisenden würden ständig in Lebensgefahr schweben und das Getöse des vorüberfahenden Zuges würde alle wahnsinnig machen.“ — „Und was denken Sie, würde passieren“, so fragte ein Mitglied der zur Untersuchung der Angelegenheit eingesetzten Parliamentskommission Stephenson, „wenn sich ein Dohse beim Nahen des Zuges auf den Schienen befände? Wäre das nicht sehr gefährlich?“ — „Allerdings“, antwortete der Erfinder mit ironischem Lächeln, „aber nur für den Dohsen!“ Ueberhaupt ist das Gutachten, das diese Kommission erstatete, ein denkwürdiges Zeugnis für die Kurzsichtigkeit menschlichen Geistes. Wurde doch allen Ernstes darin behauptet, daß durch die Eisenbahn die Pferde unnötig würden und daß darunter die Landwirtschaft schwer leiden müsse, weil sie ihre Futtermittel dann nicht mehr verkaufen könne. „Was wird aus denen werden, die noch in ihren eigenen Wagen fahren wollen, wie ihre Vorväter?“ wurde gefragt. „Was wird aus den Kutschern werden, aus den Sattlern, Herbergswirten, Pferdebesitzern, Pferdehändlern usw.“ „Macht sich die Kammer eine Vorstellung von dem Rauch und dem Lärm, von dem Gepolter und der Vermirrung, die durch Lokomotiven hervorgerufen werden, die mit der rasenden Geschwindigkeit von 10 bis 12 englischen Meilen in der Stunde fahren?“ (20 Kilometer!) Jedenfalls wurde verlangt, die Höchstgeschwindigkeit auf 10 bis 12 Kilometer in der Stunde zu beschränken, denn das erfordere die Sicherheit der Passagiere, ebenso wie die der Bewohner des umliegenden Landes.

Ja, man vertiefte sich sogar zu der absurden Behauptung, daß eine Lokomotive bei Regen überhaupt nicht fahren könne, da es in den Schornstein hereinregnen müsse und dadurch das Feuer ausgelöscht werden würde. So ist es denn kein Wunder, daß es bei dieser allgemeinen Gegnerschaft häufig zu ernsten Kämpfen zwischen der Bevölkerung und den Eisenbahnarbeitern kam, und auch Stephenson blieb nicht von Schimpereien und Bedrohungen verschont. Als man 3 Jahre später in Frankreich die Eisenbahn einführte, gab es genug Stimmen, die gegen „diese englische Narrheit“

sprachen, z. B. Thier hielt sie für eine Spielerei, die „niemals fähig sei, Personen oder Lasten zu befördern; er änderte später ein wenig seine Ansicht, aber nur insofern, als er zugab, daß „die Eisenbahn die Beförderung von Reisenden etwas erleichtern könne, sofern der Gebrauch auf wenige ganz kurze Linien in der Nähe großer Städte, wie Paris, beschränkt bliebe; weite Strecken wären unnötig“.

In Deutschland war die Gegnerschaft ebenso groß, obgleich seinerzeit die Vorteile des Eisenbahnwesens durch England bereits bekannt waren. Als beispielsweise J. von Bader, der Veteran des Eisenbahnbaues, die Ständekammer im Jahre 1831 um Unterstützung anging, beschloß diese zwar, „das Anerbieten Baders zur Einführung einer neu erfundenen Bauart von Eisenbahnen und zum Nachweis des Reellen seiner Erfindung durch Versuche im großen in der Art anzunehmen, daß ihm aus Staatsmitteln 3000 Gulden gegeben würden, die er aber zurückerstatten müsse, sofern seine Versuche den Zusicherungen nicht entsprächen.“ Leider verweigerte die Kammer der Reichsräte ihre Zustimmung. Erst 1833 erkannte die Regierung die außerordentliche Tragweite des Projektes und erklärte sich bereit, zur Unterstützung beizutragen. „Die k. Regierung in Ansbach wird ermächtigt, für den Fall der Realisierung der Anlage einer Eisenbahn zwischen Nürnberg und Fürth durch Bildung einer Aktiengesellschaft zwei Aktien auf Rechnung des Zentralindustriefonds zu erwerben, um hierdurch die lebhafteste Teilnahme der Regierung an dem wichtigen Unternehmen zu erweisen.“ Auf diese Aktien mußten bei Zeichnung 10 Prozent angezahlt werden; es war aber erforderlich, den König um seine Intervention zu bitten, da die restlichen 180 Gulden bis zum November 1835 noch nicht gezahlt waren. Das bayrische Medizinalkollegium erklärte im Jahre 1835, daß die Geschwindigkeit der Eisenbahnen den Jnassen Kopfschmerzen und Schwindel verursachen und eine Gehirnkrankheit (delirium furiosum) hervorrufen würde. Auch die Zuschauer würden durch den Anblick des rasenden Zuges ebenfalls Gehirnkrankheiten anheimfallen, weshalb unbedingt verlangt werden müsse, daß im Falle des Eisenbahnbaues die Strecke beiderseits mit hohen Bretterzäunen eingefast werden müsse.

Erst als die Welt sich auf Schienen bewegte, schrumpfte die Erdkugel zusammen; erst als Berge abgetragen, Gebirge durchbohrt, Flüsse überbrückt wurden, aus kleinsten Anfängen sich ein Schienennetz von insgesamt über 12 Millionen Kilometer Länge über die Länder erstreckte, begann der rege Menschen- und Güteraustausch, der unserm Zeitalter seinen Stempel aufdrückt und die Grundlage bildet für die kulturelle Weltentwicklung, deren Nutznießer wir sind.

Das appetitlose Kind

D.A.G.S. „Mein Kind will nichts essen“, so lautet eine häufige Klage der Mutter, die ihren Sprößling mit reichlicher Nahrung möglichst stärken und kräftigen möchte. Diese Kinder sind manchmal wahre Sorgenkinder, man findet sie hauptsächlich in den Familien mit geringer Kinderzahl, so daß Erziehungsmomente eine Rolle spielen. Wir möchten der Mutter im folgenden einige Richtlinien weisen, die manche Sorge bannen können. Das appetitlose Kind ist einem Arzt oder Kinderarzt vorzuzustellen, der feststellt, ob die Appetitlosigkeit durch eine Krankheit bedingt ist. Krankheiten des Mundes, der Zähne, des Nasenraums usw. machen die Kinder appetitlos, woran manche Mütter nicht denken. Nach Heilung der Grundkrankheit essen diese Kinder meistens wieder.

Bei den Klagen der Mutter hat man zunächst festzustellen, ob die Kinder nicht außerhalb der Mahlzeiten mit Kuchen, Milch oder Süßigkeiten gesüßert werden. All diese Kleinigkeiten sind für die Kinder sättigende Nahrungsmittel. Einzelnindern neigen leicht dazu, wenn Spielkameraden fehlen, schon aus Langeweile Leckereien oder zu Trinken zu verlangen. Es gibt auch Kinder, die bestimmte Nahrungsmittel infolge des Geruchs, des Geschmacks oder aus sonst einem Grunde verschmähen. Bei kleineren Kindern muß man andere Nahrungsmittel versuchen, während bei größeren energisches Vorgehen zum Erfolge führt. Viele Kinder sind auch kaulauf, sie halten den Bissen im Mund und wälzen ihn hin und her, schlucken ihn nicht hinunter. Diese lästige Erscheinung ist ernst zu nehmen, immerhin sollte der Arzt um Rat gefragt werden.

Bei all den obengenannten Erscheinungen darf das Kind nicht vorwiegend mit Milch ernährt werden, damit es nach Ansicht der Mutter wenigstens „etwas“ ist. Lang durchgeführte einseitige Milchfütterung kann die Kinder in vielfacher Weise krank machen, so daß das Gland noch größer wird. Oft ist auch mangelnde Bewegung schuld am Nichtessen der Kinder. Aufenthalt im Freien, wo das Kind in Licht und Luft und Sonne sich ergehen kann, wirken nützlich. Gerade das Spielen draußen im Freien ist die beste Arznei für nicht essende Kinder. Unglückliche Mütter halten ihre Kinder oft zurück von anderen, „unartigen“ Kindern, je mehr das Kind im Zimmer bleibt, von der Strafe ferngehalten wird, desto geringer wird die Eklust. Daher essen die Kinder im Winter, wenn diese längere Zeit in der Wohnung eingesperrt werden, regelmäßig schlechter. Eine gebundene einseitige Lebensweise, wie man sie bei Einzelkindern findet, die sorgsam behütet werden, die nicht Springen und Laufen und Umhertollen dürfen, bewirkt oft Störung des Appetits. Es gibt auch Kinder, denen jede Freude am Essen fehlt, diese verschmähen selbst die besten Leckereien, es sind Kinder mit ausgesprochen geringem Gebührensinn, in solchen Fällen empfehlen wir Beratung mit einem Kinderarzt, da zu leicht Erziehungsfehler von seiten der Eltern gemacht werden.

Bis zu einem gewissen Grade kann man einem Kinde auch die Appetitlosigkeit anerkennen. Es gibt Mütter, die immer von ihrem nicht essenden Kind sprechen, es dauernd zum Essen anhalten, obgleich es genügend ist und völlig gesättigt nach jeder Mahlzeit den Tisch verläßt. Die Kinder sehen gut aus, sind körperlich gut entwickelt. In diesen Fällen geht die Mutter von einer falschen Voraussetzung aus, sie bildet sich förmlich ein, das Kind esse zu wenig. Auch das Kind ist nach Appetit und Hunger, und wenn es satt ist, hört es eben auf. Die Mutter muß wissen, welche Nahrungsmenge sie ihrem Kinde bei jeder Mahlzeit vorsetzen darf, sonst kommt es vor, daß dem Kinde des Guten zuviel angeboten und eine Appetitlosigkeit durch Ueberfüttern erzielt wird. Dauerndes Einreden in Güte oder Strafe erzeugt bei manchem Kinde einen krankhaften Trotz und Abneigung gegen jede Speise. Es gibt Familien, in denen jede Mahlzeit zu einer „Familienzene“ führt, weil das Kind nicht essen will. Und je mehr Aufhebens und Geschimpfe gemacht wird, desto scheuer und ängstlicher wird das Kind; so wird das Essen dem Kinde zu einer Qual, und da wundern sich die Eltern, daß das Kind nicht essen will.

Zum Schluß möchten wir noch erwähnen, daß in allen Fällen bei Appetitlosigkeit die Eltern mit körperlichen Züchtigungen nichts erreichen, das gute Beispiel, Abstellen der Fehler und eine ruhige, vernünftige Einstellung und Belehrung sind die Wege, die zum Ziele führen. Auch gute Sitten beim Essen, regelmäßige Mahlzeiten, gemeinschaftliches Essen der ganzen Familie, gute Manieren bei Tisch, all diese kleinen Formen sind für das Kind von größtem Wert.

Augen und Ernährung

Von Augenarzt Dr. med. Heinrich Flaßenträger.

Gute und reichhaltige Ernährung ist leicht an der Rundlichkeit des Körpers zu erkennen, trotzdem aber ist das Fettpolster nicht immer der Maßstab für die zweckmäßigste Ernährung. Es gibt ein Organ am menschlichen Körper, an dem der Arzt mit einem Blick eine bestimmte Ernährungskrankheit erkennen kann, das ist das Auge. Diese Eigenschaft des Auges eine Schnelldiagnose zu stellen ist mit die Ursache an dem Aufblühen der Augenheilkunde, einem Zweig des Kurpfuschers, aus den Veränderungen der Regenbogenhaut alle Erkrankungen zu erkennen vom Hühnerauge bis zum Krebs.

Beim Säugling gibt es eine schwere Erkrankung des Auges mit Erweichung der Hornhaut, die durch Kuh- oder Ziegenmilch oder durch Mehlährschäden verursacht wird. Durch die rasche Erkennung dieser Ernährungsstörung und durch sofortige Ernährungsänderung, durch Verabreichung von Muttermilch gelingt es, das Leben des Kindes und die Augen zu retten. Während beim Säugling die Augenerkrankung auch vom Laien nicht übersehen wird, gibt es beim Erwachsenen eine so geringe, nur dem Fachmann erkennbare Veränderung am Auge. Es ist dies ein unscheinbarer kleiner weißer Fleck in der Lidspalte, der dem Kenner erzählt von Armut und Hungersnöten. In früheren Zeiten hat man bei Nahrungsmangel auf Seegeschiffen, bei Unterernährung auf Sklavenplantagen in Afrika, bei den streng religiösen Fastenzeiten in Rußland die Erkrankung häufig beobachtet, ohne ihr Wesen zu kennen. Das Fehlen des weißen Fleckes bei 40tägigem Fasten eines Hungerkünstlers war ein sicheres Zeichen dafür, daß er in seinem verriegelten Glasfaß Nahrungsmittel eingeschmuggelt hatte, was sich später auch tatsächlich herausstellte.

Eine weitere Schädigung des Auges durch falsche Ernährung ist die Sehverschlechterung bei Dämmerlicht, die sogenannte Hühnerblindheit. Bei hellem Tageslicht ist das Auge so sehtüchtig wie jedes andere, dagegen ist der Hühnerblinde bei Dämmerung oder im Halbdunkel recht unsicher, weil durch die schlechte Ernährung in der Netzhaut kleine Stäbchen die Anpassungsfähigkeit an die Dunkelheit verloren haben. Das langsame Arbeiten des Lichtsinns ist für jedermann leicht erkenntlich, der rasch von einem hellen in einen dunklen Raum kommt, wobei zuerst tiefe Finsternis herrscht und erst langsam das Auge Einzelheiten erkennt.

Man hat in der Heilkunde bis auf ein Gramm genau errechnet, wieviel Eiweiß, Fett und Kohlehydrate (Zucker, Mehl) der Körper zur Wärmebildung und Arbeitsleistung braucht. Seit etwa 20 Jahren aber weiß man auch, daß mit diesen Nährstoffen allein einschließl. Wasser und Salze kein Lebewesen ernährt werden kann und jeder kennt heutzutage die Vitamine. Es sind rätselhafteste Ergänzungsstoffe, die in kleinsten Mengen wirksam sind und die der menschliche Organismus sich selbst nicht bilden kann. Für die Behandlung der obigen Augenerkrankung genügen diese Nährstoffe und Salze keinesfalls. Es fehlt in der Ernährung dieser Kranken ein Ergänzungsstoff, der in der grünen, lebenden Pflanze vorhanden ist, das Vitamin A, der im Lebertran, der ungesüßten Milch, in der Butter, in den grünen Gemüsen und Mohrrüben besonders reichlich vorkommt. Diese Vitamine wirken wie ein Wunder auf den Kranken. In zwei Tagen ist der Kranke von seiner Hühnerblindheit geheilt, auch die Hornhauterkrankung der Säuglinge heilt in kurzer Zeit ab, während bei Nichtbehandlung der Säugling erblindet und stirbt.

Einige Genussmittel üben eine sichtbare Wirkung auf das Auge aus, die an der Weite und Enge des Schließes, der Pupille, erkennbar ist. Angenommen, ein Bewußtloser liegt auf der Straße. Autounfall oder Ueberfall ist der erste Gedanke. Durch die Beobachtung der weiten Pupille erkennt man die Alkoholvergiftung, die durch die in der modernen Heilkunde jetzt untätigen Geruchsnerben noch bestätigt wird. Bei starken Rauchern wird die Pupille punktförmig. Die recht seltene Trichinerkrankung durch würrmerreiches Schweine- oder Bärenfleisch macht sich am Auge durch Schmerzhaftigkeit der Augenmuskeln bei Blickbewegungen bemerkbar. Eine günstige Beeinflussung des Auges durch Ernährung zum Beispiel bei Kurzsichtigkeit, grauem oder grünem Star ist bis jetzt nicht gelungen. Alles in allem spielt auch die Ernährung des Gesamtorganismus für das Wohl und Wehe des Auges als einem Teil vom Ganzen eine wichtige Rolle.

Entstellungsfürsorge tut not

Im Kampfe um die Existenz spielen auch Schönheitsfehler des Leibes oft eine bestimmende Rolle, obwohl solche Mängel mit dem beruflichen Können gar nichts zu tun haben. Aus diesen Notwendigkeiten heraus wurde vor einigen Monaten zum ersten Male in Deutschland eine öffentliche Beratungsstelle in Berlin-Wedding geschaffen.

Männer und Frauen haben sie aufgesucht, wie der höchst interessante Bericht beweist, den der Leiter dieser Stelle, Dr. Martin Gumpert, jetzt in der Deutschen medizinischen Wochenschrift gibt. In der Hauptsache Frauen. Bei ihnen scheint die Entstellung ein noch größeres Hindernis im Lebenskampfe zu sein als beim Manne. Immerhin stellen die Männer mehr als ein Drittel aller Ratuchenden.

Aus allen Berufen waren die Menschen gekommen, Arbeiter, Angestellte, freie Berufe, Künstler, Hausangestellte. Die größte Zahl stellten die Arbeiter und die Angestellten, die Angestellten fast $\frac{1}{2}$, die Arbeiter weit mehr als $\frac{1}{2}$ aller Ratuchenden. Die Künstler stellten etwa 4 Prozent, die Hausangestellten machten rund 6 Prozent aus.

Die meisten hatten ein entstellendes Hautleiden. In zweiter Stelle stehen die Entstellungen der Nase. Dann kommen — bedauerlich und bezeichnend — die Altersentstellungen. Bei manchen war die lange Arbeitslosigkeit nur auf diese Entstellungen zurückzuführen. Aber auch Entstellungen der Augen, Ohren, Lippen, Zähne, ja der Brust und der Füße kamen zur Behandlung. Fast alle Ratuchenden waren von ihrer Entstellung auch seelisch schwer bedrückt. Nach der Beratung wurden die Patienten an Ärzte überwiesen. Leider fehlte oft der Kostenträger. Hin und wieder traten die Wohlfahrtsämter ein.

Es ist nötig, diesen Dienst an schaffenden Menschen geistlich in die soziale Fürsorge einzufügen. Die Erfahrungen dieser ersten Entstellungsfürsorgestelle haben gezeigt, daß solche Arbeit dringend erforderlich ist.

Kolleginnen und Kollegen! Väter und Mütter!

Eure gewerkschaftliche Pflicht ist noch nicht erfüllt, wenn ihr nur selbst der Organisation angehört. Eure Pflicht ist es, die erwerbstätigen Familienangehörigen, besonders auch die in der Heimarbeit Beschäftigten, der zuständigen Gewerkschaft zuzuführen.

Eure im Lehrverhältnis sich befindlichen Söhne und Töchter gehören in die Jugendabteilung des zuständigen Verbandes.